

# Waldenburger-Beitrag

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50, Fern-  
sprecher 460 80, Postfachkonto: Breslau  
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50 (Koch-  
haus), Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag 6 1/2  
Uhr bis 17-18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-  
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Krasnitzer  
Straße 50, Fernsprecher 460 30.

Rüstet zum Schlesischen  
Landes-Sport-Fest  
am 18. und 19. Juni  
in B R E S L A U

## Entfacht in allen Betrieben und Stempelstellen den Sturm gegen faschistische Notverordnung

### Gegen die kämpfende rote Einheitsfront kann Papen und Schleicher keine Notverordnung durchführen!

Gestern nachmittag hat Hindenburg die Notverordnung der Papenregierung unterzeichnet, die daraufhin in den Abendstunden veröffentlicht wurde. Sie ist eine einzige Kette von Anschlägen auf die Millionenmassen des werktätigen Volkes. Sie ist ein vernichtender Hieb gegen die Arbeitslosen, die Arbeiter und unteren Angestellten und Beamten sowie den kleingewerblichen Mittelstand.

#### 520 Millionen werden den Erwerbslosen genommen

Was wir vorgestern voraussagten, ist eingetroffen. Die Arbeitslosenunterstützung wird um 23 Prozent, das heißt um ein Viertel, gekürzt, wodurch den Arbeitslosen mit einem Schlags 150 Millionen abgezogen werden. Die Bedürftigkeitsprüfung setzt von jetzt ab schon nach sechs Wochen ein, was einen weiteren Abbau um 88 Millionen bedeutet.

In der Krisenunterstützung werden die Leistungen um durchschnittlich 10 Prozent gekürzt = 89 Millionen, und außerdem die unbeschränkte Bedürftigkeitsprüfung eingeführt = 28 Millionen Abbau.

Die Wohlfahrtsunterstützung wird durch die Notverordnung der Regierung um 15 Prozent gekürzt, wodurch für Subventionen an Großagrarien und Großindustrielle und für Panzerkreuzerbauten weitere 148 Millionen frei werden. Außerdem werden diese um 15 Prozent gekürzten Wohlfahrtsätze als Höchstgrenze bei den Zusatzleistungen in der Krisenunterstützung eingeführt, wieder 17 Millionen weniger.

Im übrigen ergreift die Regierung Maßnahmen, um weitere Teile des erwerbslosen Proletariats von jeglicher Unterstützung oder Wohlfahrtszahlung auszuschließen. Nach der vorgezeichneten Neuregelung soll die Zahl der gänzlich Nichtunterstützten, die bis jetzt 750 000 beträgt, gleichbleibende Erwerbslosenzahl vorausgesetzt, auf 885 000 gesteigert werden.

#### Um Millionäre zu schonen, neue Lasten dem Betriebsproletariat

Trotz dieses furchtbaren Unterstützungsabbaues erklärt die Regierung, immer noch ein Defizit von 400 Millionen bei der Erwerbs-

losenunterstützung zu haben. Die Steuern der Reichen zu erhöhen — daran denkt die Regierung der Reichen natürlich nicht, denn das ist „volkswirtschaftlich schädlich“. Also neue Lasten den Arbeitern, unteren Beamten und Angestellten.

Die Regierung führt eine sogenannte „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ ein, die bei einem Lohn und Gehalt bis 125 Mark 1,5 Prozent, bis 300 Mark monatlich 2,5 Prozent beträgt. Wer zwischen 300 und 700 Mark verdient, muß für die ersten 300 Mark 2,5 Prozent und für alles, was darüber, 5,75 Prozent zahlen. Wie beispiellos unsozial diese Regierung vorgeht, zeigt die Tatsache, daß sie die Einkommen zwischen 700 und 3000 Mark monatlich mit 5,75 Prozent und die monatlichen Einkommen über 3000 Mark nur mit 6,5 Prozent belastet. (Der Krisenlohnsteuerbetrag fällt in Zukunft weg.) Durch diese ungeheure Belastung der noch Arbeitenden verschafft sich die Regierung eine weitere Einnahme von 400 Millionen Mark.

#### Tolle Rentenkürzung

Die Notverordnung der Regierung kürzt in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung die alten Renten um 6 Mark bei den Invaliden, 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen pro Monat. Für die neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark und der Kinderzuschuß um 2,50 Mark abgebaut. Die Renten aus den Unfällen der Jahre 1927 bis 1931 werden um 15 Prozent, die Renten für die übrigen Unfälle um 7 1/2 Prozent gekürzt.

Die Vermögenden sollen bluten. Die Opfer der Arbeit werden um das wenige gepreßt, das sie noch haben. Den noblen Feudalen im Herrenklub und ihren truflavitalistischen Klubkameraden wird nichts, nichts, nichts gekürzt.



Proletarierkind am Hungertode zugrunde gegangen  
(Siehe Artikel 3. Seite Hauptblatt!)

Ja, sogar an der Kriegsofferversorgung, die schon soweit abgebaut ist, vergreift man sich wieder. Die Renten der kriegslosig Verwundeten werden gekürzt. Kinderzulagen und Waisenrenten werden nur noch bis zum 15. Lebensjahr gezahlt.

#### So vernichtet man den kleinen Mittelstand

Von etwa 1,5 Millionen umsatzsteuerpflichtigen Personen sind bisher die Hälfte aus der Umsatzsteuer heraus, weil ihr Umsatz unter 5000 Mark betrug und diese Summe die Freigrenze war. Dadurch entstand für den Kleinwerbetreibenden eine durchschnittliche Ersparnis von 100 bis 150 Mark. Mit einem Federhieb beseitigt die Schleicher-Papen-Regierung der Nazis durch die (Fortsetzung auf der 2. Seite)

## Lohnraub-Schiedspruch für Waldenburger Bergbau

Urlaubslohn auf 70 Prozent gekürzt, Soziallohn in Krankheitsfällen soll wegfallen — Revierkonferenz des GWD. faßt Kampfbeschlüsse zur Verhinderung der ungeheuren Verschlechterungen — Konferenzen der Reformisten, Christen und Hirsche lehnen nur formell den Schiedspruch ab Waldenburger Kumpels! Nur durch die kämpfende Einheitsfront kann der Angriff der Unternehmer siegreich abgewehrt werden!

Waldenburg, 14. Juni. Der für den Waldenburger Bergbau gefällte Schiedspruch zum Manteltarif sieht ungeheure Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor. Für die Dauer der Ferienschnitten erhält der Bergkumpel nur 70 Prozent des Lohnes und des Soziallohnes. Die Zahlung des Soziallohnes in Krankheitsfällen soll wegfallen. Der Paragraph 7 des Manteltarifs ist nach Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und den Gewerkschaftsvertretern dahingehend abgeändert worden, daß, wenn die Arbeitszeiten gelegentlich geändert werden, ohne Kündigung des Manteltarifs über eine Veränderung der Löhne verhandelt werden darf, das heißt, daß die Gewerkschaftsbürokraten bereits ihre grundsätzliche Zustimmung zu einem Lohnabbau durch Arbeitszeitverkürzung gegeben haben.

Die Revierkonferenz des GWD, die am Sonntag tagte, hat zu diesem Schiedspruch eingehend Stellung genommen. Die Konferenz hat einstimmig beschlossen, für die von ihr aufgestellten Forderungen den Kampf auf allen Schächten zu organisieren. Die Konferenz war von 77 Delegierten besucht, wovon sechzehn Kameraden im GWD, dreißig im GVD, drei der RVD, und einer dem WVD organisiert sind. In der Diskussion kam voll zum Ausdruck, daß der Kampfeswille der Waldenburger Bergarbeiter im Steigen begriffen ist. (Wir werden über den Verlauf dieser bedeutungsvollen Tagung der niederschlesischen Bergkumpels noch ausführlich berichten.)

Am Sonntag tagte in Weißel ein eine Konferenz der am Tarifvertrag des niederschlesischen Steinkohlenbergbaus beteiligten freien Gewerkschaften. Die „Bergwacht“ schreibt hierzu folgendes:

„Die Unternehmer haben in der Urlaubsentschädigung ihren Willen nicht erreicht. Trotzdem konnte eine Herabsetzung der Ferienentschädigung nicht restlos abgewehrt werden. Bedauerlich ist, daß die Mehrheit der Schlichterkammer auch die Fortzahlung des So-

ziallohnes in Krankheitsfällen abgelehnt hat. Gerade wenn der Arbeiter dieses Geld am notwendigsten braucht, wird es ihm vorenthalten. Der Schiedspruch bringt eine derartige Veränderung in der Urlaubsentschädigung sowie auch in der Zahlung des Soziallohnes, daß die Delegierten für die Annahme des Schiedspruches nicht eintreten können.“

Die reformistischen Gewerkschaftsführer versuchen nach dem Bericht der „Bergwacht“ den Schiedspruch als ihren „Erfolg“ hinzustellen, weil es angeblich den Unternehmern nicht gelungen sei, ihre Forderungen auf Herabsetzung der Ferienentschädigung auf 50 Prozent, durchzusetzen. Auch hier versucht man damit, diesen Schiedspruch als das „Mehere Unheil“ hinzustellen. Die Bergkumpels dürfen auf diesen Schwindel nicht hereinfallen. Diese Konferenz hat einstimmig den Schiedspruch abgelehnt. Ebenfalls bezieht die „Bergwacht“, daß die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften den Schiedspruch gleichfalls abgelehnt haben. Die Gewerkschaftsbürokraten haben nicht gewagt, für diesen Schiedspruch einzutreten, obwohl sie einen Teil der Verschlechterungen freiwillig mit den Unternehmern vereinbart hatten. Der Unterschied in dem am Sonntag abgehaltenen Konferenzen des GWD, der freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften besteht „nur“ darin, daß die Konferenz des GWD sich nicht nur gegen den Schiedspruch erklärt hat, sondern konkrete Kampfmaßnahmen zur Verhinderung des Lohnabbaues und der übrigen Verschlechterung beschloß, während die übrigen Konferenzen nur rein formell den Schiedspruch ablehnten. Die Gewerkschaftsführer haben es verstanden, die Kollegen-Funktionäre von der Beschlußfassung konkreter Kampfmaßnahmen abzuhalten.

Die Waldenburger Bergkumpels werden nur in der Lage sein,

die Durchführung des Schiedspruches zu verhindern, wenn sie die Beschlüsse der Kampfkongferenz des GWD in die Tat umsetzen, wenn sie sofort unten in den Schächten die Wahl von vorbereitenden Kampfschloßenen vornehmen mit dem Ziel auf schnellste Auslösung des geschlossenen Streikampfes. Die erwerbslosen Kollegen in Landeshut, Sagan, Grünberg usw. haben ihnen glänzende Beispiele gegeben, wie man die Hungermaßnahmen der herrschenden Klasse abwehren kann. Das war aber nur möglich, weil die Erwerbslosen ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit sich in der roten Einheitsfront zusammengeschlossen hatten.

#### Pflichtarbeiterstreik in Brieg

Brieg, 14. Juni. Am Montag fand eine vom Erwerbslosen-ausschuß einberufene Betriebsversammlung sämtlicher Pflichtarbeiter statt. In dieser wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, gegen die Pflichtarbeit in den Streik zu treten. Im Laufe des Nachmittags legten auch die noch arbeitenden Kollegen die Arbeit nieder. Von 45 Pflichtarbeitern sind 41 im Streik.

#### Riesenprozeß gegen 24 Arbeiter

Leipzig, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Reichsgericht fand gestern ein Riesenprozeß gegen 24 Arbeiter, die wegen Sprengstoffverbrechen angeklagt sind, statt. Man versucht aus diesem Prozeß Material gegen die Kommunistische Partei zu sammeln und darum hat man die Arbeiter wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Die bürgerliche Presse entfaltet bereits eine ungeheuerliche Hege gegen die SPD. Wir werden über den Prozeß laufend berichten.

# Zwölf SAP-Funktionäre von Sendewitz ausgeschlossen

## Weil sie gegen SAP-Listen und für die Wahl von Kommunisten bei der Reichstagswahl eintraten!

Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In der Kautzwarenvermittlung der Berliner SAP am Montagabend zeigte sich ein Teil der Parteimitglieder der Partei für den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten. Einige haben bei dieser Gelegenheit die SAP-Listen als Kasse der roten Einheitsfront abgelehnt.

Bei einer Reihe von Funktionären wurde ein Antrag eingebracht, bei der nächsten Parteiversammlung keine eigene Liste vorzuschlagen, sondern nur den Namen der kommunistischen Partei vorzusetzen. Zu demselben Zeitpunkt wurde der Parteivorstand durch den Parteivorstand informiert, dass es notwendig ist, eine gemeinsame Front gegen den Nationalsozialismus aufzubauen. Die Funktionäre stimmten für diese Vorschläge, 120 dagegen. Darauf erklärten diese Funktionäre, dass sie ihre Funktion in der SAP niederlegen und weitere Funktionen erhalten soll solidarisch.

Demnach beantragte Zwilling, diese zwölf Funktionäre aus der SAP auszuschließen, was bei zahlreichen Stimmenthaltungen von der Mehrheit beibehalten wurde.

Wir fordern die Arbeiter SAP, die für einen einheitlichen Kampf gegen die Nationalsozialisten und den faschistischen Terror eintraten, auf, sofort die Bekämpfung von Falschfrontparteiern zu fordern und in diesen geschäftlich gegen die Aufstellung eigener Listen zu bestehen. Die Funktionäre und Co. sind geschworene Feinde der roten Einheitsfront und deshalb müssen die SAP-Mitglieder den Beispiel der Genossen Gerhard Fabry und der Genossen Herbert Fackel und Otto Jacobson folgen.

# Demonstrationen der Erwerbslosen auch in Hindenburg

## Polizei macht hier von der Schußwaffe Gebrauch

Hindenburg, 15. Juni. Gestern vormittags 10 Uhr fanden Erwerbslosendemonstrationen am Stadthaus, Wohlfahrtsamt und im Zentrum der Stadt statt. Den Tag über sammelten sich zeitweise wiederum an den verschiedensten Stellen die Erwerbslosen, wobei sie von der Polizei auseinandergetrieben wurden. In der Mittagszeit kamen ungefähr 20 Erwerbslose in den Fleischladen Krupp, Bahnhofspatz, und verlangten zu essen, wobei sie Wurst mitnahmen. Draußen hatten sich ebenfalls eine größere Anzahl Erwerbslose angesammelt. Daraufhin kamen zwei Schupos und versuchten, die Erwerbslosen auseinanderzutreiben, wobei sich dieselben

zur Wehr setzten und einen Schupo verletzten. Einer der Schupos hatte in die Luft geschossen, wodurch die Erregung der Erwerbslosen stieg. In den Nachmittagsstunden gegen 6 Uhr entstand anfänglich eines kleinen Streiks vor der Wirtschaft Kosterlich, Kronprinzenstraße, ebenfalls eine größere Menschenansammlung, hauptsächlich von Erwerbslosen, die sich tagsüber dauernd auf den Straßen in Trupps bewegten. Die eintreffende Polizei versuchte auch hier die Ansammlung auseinanderzutreiben und machte dabei gleichfalls von der Schußwaffe Gebrauch. Es wurden ungefähr 10 scharfe Schüsse abgefeuert, die teilweise in die Hauswände gingen.

# Sturm gegen faschistische Notverordnungen

(Schluß)

neue Notverordnung die Freizugnisse und nimmt dadurch den Kleinrentenbesitzenden, die so schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, weit über 100 Millionen Mark, was sich zum Teil in einer neuen Preiserhöhung auswirken muß.

## 70 Millionen Salzsteuer

Darunter verstanden wird, führt die Regierung die Salzsteuer im Bereich von 6 Pfennig pro Pfund ein. Nur die Frau des Generaldirektors macht das einem Tied aus, für die proletarische und kleinrentenbesitzende Bevölkerung bedeutet das eine zusätzliche schwere Belastung. Und die Regierung hat sich die Möglichkeit von 70 Millionen für die Notwendigkeit.

Das hat in großen Umfassen die folgenden Bestimmungen der neuen Notverordnung. Sie enthält noch Salzbestimmungen für die Salzsteuer, die die Salzsteuer von 195 auf 105 Pfennig pro Pfund anheben wird.

## Zur dieses Ungeheuer von Notverordnungen trägt die Hitler-Partei die volle Verantwortung.

Sie hat das Junkerkabinett in den Sattel gelockt. Sie hat sich zu seiner Tolerierung verpflichtet. Sie ist Trägerin des Systems Papen. Sie hat das ganze werktätige Volk Deutschlands und insbesondere ihre 13 Millionen Nazijäger an die grimmigste Reaktion der Schlotterbäume und Brotwucherer verkauft!

Heute herrscht Jubel im „Braunen Haus“ und in den Parteibüros und Redaktionsstuben der NSDAP, weil das Verbot der SA aufgehoben wird, das ja von Anfang an nicht mehr war, als eine Fatale zur Täuflung der Arbeitermassen, und weil nunmehr die braunen Schuttruppen der bankrotten deutschen Ausbeuterklasse noch zügellos auf Arbeitermord ausgehen können.

Aber flammende Empörung erfüllt die Millionenmassen des Volkes! Diesmal ist niemand ausgenommen — außer den Reichen, außer den Kapitalisten. Diesmal werden alle Schichten des werktätigen Volkes von den Keulenschlägen der neuen Notverordnungen getroffen: die Arbeiter und die Erwerbslosen, die Angelegten und Beamten, die kleinen Gewerbetreibenden und die kleinen Bauern.

Die Armen der Armen, die Invaliden und Kriegsoptionen und die Arbeitslosen, trifft ein Abbau ihrer schon so jämmerlichen Unterhaltungsätze, der bis zu 25 Prozent, ja teilweise bis zu 50 Prozent ausmacht... damit die Kaufkraft und Industrieerzeugnisse ihr Schmarotzerdasein weiterführen können! Die Arbeiter — selbst die schlechtest bezahlten Kurzarbeiter — und die Angelegten und Beamten werden einem neuen ungeheuerlichen Lohn- und Gehaltsabbau unterworfen... damit an Trübsal und Hungerne neue Milliarden „Liebergaben“ gegeben werden können!

Die Armen zahlen für die Reichen, die Hungernden schützen für die fetten Schmarotzer: so steht's um die „gottgewollte Regelung“ des Herrn von Papen, und so steht's um den „Sozialismus“ der Nazis.

Nicht wahr, ihr SA-Proleten, ihr habt an die „sozialistischen Brosen“ der Hitler, Goebbels und Kumpanei geglaubt, habt euch mißbrauchen lassen für diese Sorte „Sozialismus“, habt eure Hände erhoben gegen eure Klassenossen, habt eure Schüdel hingehalten für die kapitalistische Ausbeuterbande und ihre Lakaien, die NSDAP-Führer. Jetzt lehrt ihr mit Schrecken, daß der „nationalsozialistische“ nichts anderes bedeutet als Hunger, Elend, Mord und die roten Front zu kämpfen für eure Sklavenhalter in der braunen Front?

Jetzt erheben auch die kleinen Gewerbetreibenden, die Handwerker, kleinen Kaufleute und Gastwirte, was die „Rettung des Mittelstandes“ bedeutet, die ihnen die Naziführer versprochen. Mit den neuen Steuern, insbesondere der Umsatzsteuer, werden sie noch tiefer in das Elend hineingeworfen. Und mit ihnen auch all die kleinen Bauern, die durch die Papen-Verordnungen getroffen werden. Das ist die Quittung dafür, daß sie Hitler gewählt und auf die NSDAP vertraut haben.

Jetzt ist die Stunde gekommen für den großen Gegenangriff gegen die nationalsozialistischen Betrüger des Arbeitervolks, gegen die Salatenzentrone der Ausbeuterklasse!

Ihr Arbeitslosen, denen mit Hitlers Hilfe die Hungerunterstützung erneut gekürzt wird, macht die Stempelstellen hitlerfrei! Holt die verirrten Proleten aus dem Hitlerlager zurück in die Klassenfront zu gemeinsamem Kampf gegen den Unter-

zungsabbau. Antifaschistische Schutzstaffeln an allen Stempelstellen!

Ihr Betriebsarbeiter, rechnet ab mit den nationalsozialistischen Helfershelfern der Lohnräuber! Geschlossen tretet ein in die antifaschistische Aktion, gegen den Lohnraub, bildet Schutzstaffeln gegen Streikbruch und vereinigt die Belegschaften für die Parole „Streik gegen jeden Pfennig Lohnsenkung“.

Die antifaschistische Aktion ruft euch Angelegte, Beamte, Kleinrentenbesitzer und Kleinrentenbesitzer, und euch aus dem

# Massenfündigungen durch Streifandrohung abgewehrt

Wistulig-Borsigwerk, 15. Juni. Gestern brachten wir die Mitteilung, daß die Verwaltung der Borsig AG. den Belegschaften der Borsigwäschung und Ludwigsgießerei zum 16. Juni das Arbeitsverhältnis kündigen. Auf Grund der von der Verwaltung der Borsig AG. beabsichtigten Maßnahmen bei der Borsigwäschung und Ludwigsgießerei und hatte sich der Belegschaften eine starke Bewegung bemächtigt. Der Aufruf der Belegschaft der Borsigwäschung, den wir auch gestern in der „Neuen Zeitung“ veröffentlicht hatten, hat lebhaften und zustimmenden Dispositionen hervor-

Der Betriebsrat Mittler von der Werksgemeinschaft, der es schon mit der Andeutung zu tun bekam, hatte gestern früh nichts Eiligeres zu tun, als die Verwaltung von dem Anschlag der Belegschaft und den für den 15. Juni beschlossenen Streik zu unterrichten. Im Laufe des Nachmittags hat die Verwaltung folgenden Anschlag gemacht:

### Bekanntmachung!

Mit dem 1. Juli dieses Jahres wird der Betrieb unserer Anlage zusammen mit den aberschiedlichen Betrieben der Kokswerke und der Chemischen Fabrik AG. Berlin von einer neuen Gesellschaft (Betriebsgemeinschaft) übernommen.

Infolgedessen geht das Arbeitsverhältnis der Belegschaftsmitglieder mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab auf die neue Betriebsgemeinschaft, die Borsigwerk- und Kokswerke AG., über, soweit nicht ein Belegschaftsmitglied eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Borsigwerk, den 14. Juni 1932.

Borsigwerk AG. gez. Euling.

großen Heer des Elends, ihr Invaliden und Kriegsoptionen: Massensturm gegen die faschistische Hungerpolitik!

Die antifaschistische Aktion formiert sich im ganzen Reich. Wo aber steht ihr, sozialdemokratische und freigeordnete faschistische Kollegen, und ihr Kameraden vom Reichsbanner? Wollt ihr auch diese ungeheuerlichen Notverordnungen hinnehmen? Wartet ihr vielleicht, ob eure Führer das Signal zur Gegenaktion geben? Ja, warum rufen sie euch nicht auf zum Kampf gegen das Kabinett der Nazijünger?

Wie oft haben die Leipziger, Wels und Höckermann erklärt: in Deutschland kann sich keine Regierung gegen den Willen der Gewerkschaften halten! Wenn sie trotzdem nichts tun für den Abwehrkampf gegen die faschistische Verelendung und Anhebungs-politik, so ist das doch nichts anderes als eine Unterfütterung, eine „Stille“ Tolerierung dieser Regierung und ihres faschistischen Kurses. Es ist ein Verbrechen, wenn sie euch sagen, man müsse Hitler einmal an die Macht lassen, damit er sich abwirft. Ihr wäret Opfer dieser Politik, auf euch würden die Schläge des Faschismus niederhageln!

Ihr Kollegen von der SPD, von den Gewerkschaften und vom Reichsbanner, wißt so gut wie wir, daß zu einer siegreichen Abwehr gegen das Regime Papen-Hitler die Einheitsfront der Arbeiterklasse gehört. Ihr wißt auch, daß wir Kommunisten jederzeit bereit sind, Seite an Seite mit euch in den Kampf gegen Ausbeuter, Faschismus und Junkerkabinett zu treten. Aber warum heken eure Führer gegen die Einheitsfront der Arbeiterklasse? Sie haben in der Einheitsfront mit Hindenburg und Brüning gestanden, sie tolerieren tausendmal lieber das Kabinett der Nazibarone, als daß sie einmal zusammen mit den Kommunisten in den Kampf gegen den Faschismus gehen.

Sozialdemokratische Kollegen, wir wissen, daß euer Glaube an eure Führer zusammengebrochen ist. Ihr seht ja die Folgen der verbrecherischen Tolerierungspolitik. Ihr habt vor Augen, wie sie euch mit der Wahl Hindenburgs betrogen haben. Ihr habt recht, wenn ihr von diesen Leuten nichts mehr erwartet, ihnen kleinen Glauben mehr schenkt. Aber den Glauben an eure Klasse, den Glauben an die sieghafte Kraft des Sozialismus haltet hoch! Dieser Glaube führt euch in die antifaschistische Einheitsfront zu gemeinsamem Kampf Seite an Seite mit euren kommunistischen Klassenbrüdern gegen den Todfeind des Arbeitervolks, das Ausbeutertum und seine Lakaien.

Brecht die Sabotage der Einheitsfront! Die antifaschistische Aktion marschiert. Sozialdemokratische Arbeiter neben kommunistischen und parteilosen Proletariern, verbündet mit allen jenen Schichten des werktätigen Volkes, die den Betrug der Nazis durchschaut haben: das ist die Kraft der Massen, die dem Faschismus entgegengeheißelt muß!

Antifaschistische Aktion macht die Betriebe sturmreif, organisiert die Stempelstellen zur Abwehr des Unterfütterungsstaubs. Vorwärts gegen die verborgenen Saboteure der antifaschistischen Einheitsfront! Vorwärts gegen Papen! Vorwärts gegen Hitler!

Dieser Anschlag besagt nichts von einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Ohne Zweifel hat das offensive Vorgehen der Belegschaften die Verwaltung veranlaßt, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Die Belegschaften müssen aber weiterhin auf der Hut und kampfbereit sein, um gegen eventuelle weitere Anschläge der Verwaltung gerüstet zu sein.

# Neuer Regierungswechsel in Chile

New York, 13. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Führer der neuen Regierung in Chile Davila ist zurückgetreten. Seinen Platz nahm der Oberst Brone ein. Es verlautet, daß ein kommunistischer Renegat, der Trotskist Hidalgo, in das militärische Kabinett eintraten soll. Die Regierung steht unter nachweisbarem Druck der revolutionären Arbeitermassen, die die Einlösung der Versprechungen auf Brot, Arbeit und Wohnung, auf Auslösung des Salpeter-Trusts und Enteignung der Kapitalisten fordern und die Bewaffnung des Proletariats verlangen. Die Regierung versucht sich dadurch zu retten, daß sie mit einem Kienanward die Einlösung der im Lande vorhandenen Fesseln in Leio vornimmt. Davila ist bei den Massen sehr unbeliebt. Er war unter dem Diktator Zbinet chilenischer Gejandter in Washington und an der Bildung des Salpeter-Trusts durch die nordamerikanische Muckenheim-Gruppe maßgebend beteiligt.

# Sieg der Liste „Proletarischer Schultkampf“

Langenbielau. Am Sonntag fanden in der Sammelschule II die Elternrentenwahlen statt. Die SPD. hatte vorher alles versucht, um dem Sieg der Liste „Proletarischer Schultkampf“ grüßlich zu werden.

Der „Proletarier“, das Organ der SPD., brachte seitenslange Artikel über die „Zwangsarbeit“ der Kommunisten. „Wer an der proletarischen Schule den Kampf gegen den Schulsozialismus führen will, der muß sich für eine „Kampfbroschüre“ — schreiben man. Doch die „Kampfbroschüre“ hat sich durch derartig bündigenes Geschreibsel nicht abhalten und beeinflussen können.

Da den Elternrentenwahlen im allgemeinen nicht sozial Interesse entgegengebracht wird, als wie bei politischen Wahlen, muß man die Wahlberechtigung als gut bezeichnen. Von 303 Wahlberechtigten stimmten 200 ab. 268 Stimmen waren gültig.

Auf Liste I „Proletarischer Schultkampf“ fielen 136 Stimmen, auf Liste II „Schulfortschritt“ fielen 132 Stimmen.

Mithin erhielt die Liste I 3 Mandate, Liste II 2 Mandate. Gewählt sind von der Liste I „Proletarischer Schultkampf“ die Genossen Andres, Friedrich und die Genossin Sabrecht.

Die Wähler zeigen, daß die Elternschaft ein außerordentliches Interesse an der Bekämpfung des Elternrentens hat.

Dem Artikelverfasser im „Proletarier“ aber wird das Ergebnis bestimmt nicht angenehm gewesen sein. Dies sah man schon an verschiedenen langen Geschichtern bei der Auszählung der Stimmzettel. Wieder einmal ist die Frage und das alberne Gequassel umsonst gewesen.

Mit verbrämten und verwaschenen Forderungen versucht die SPD. die Elternschaft über den wahren Sinn des weltlichen Schulwesens hinwegzujägen.

Wir als Kommunisten erklären offen, daß man eine wirkliche weltliche Schule erst errichten können nach dem Sturz des Kapitalismus, in einem sozialistischen Deutschland.

Die SPD. leugnet dies ab. Sie will die weltliche Schule als Kasse benutzen, hinter der sich der Verrat des gesamten Schulwesens an die Kirche vollzieht. Wir erinnern dabei die SPD-Arbeiter an den Ausbruch des SPD-Kultusministers Grimm e im Juli 1931 bei der Durchweissung des Lutherkontos: „Gebt der Kirche, was der Kirche ist!“ Dann kommen die stundenlang Schreiberfüßen und sagen den Arbeitern, daß die weltlichen Schulen „die Schulen des Proletariats“ sind und wollen den Kommunisten vorwerfen, daß sie diese Schulen vernichten wollen.

Wir als Kommunisten kämpfen für die Verweltlichung des gesamten Schulwesens. Wir wollen, daß unsere Kinder im Sinne des Klassenkampfes, des Sozialismus erzogen werden. Wir wollen nicht, daß man ihnen Bücher vorliest, wie es jetzt der Fall ist, wo die lebendigen werden usw. Wir wollen nicht, daß katholische Jungfern unseren Kindern Unterricht erteilen. Wir wollen auch nicht, wie es besonders in der Sammelschule II jetzt der Fall war, daß die Kinder von linksstehenden Eltern den Schifanen einzelner Lehrer ausgeleert werden. All diesen Dingen wird der neugewählte Elternrentenrat ein besonderes Augenmerk widmen müssen. In der oberen Schule sind die Zustände noch katastrophaler. Dort springt man mit den Kindern um als wenn es Handkürste wären. Im Ostern hat man sie in eine andere Klasse verlegt; jetzt, nach zehn Wochen, fällt es dem Rektor ein, daß einzelne Kinder nicht „reif genug“ wären und in eine andere Klasse zurückverlegt werden.

Hier wird es Aufgabe der Elternschaft sein, die Elternrentenrat aufzurufen und es unterstützen und den Kampf gegen derartige Dinge zu unterstützen.

# Breslau

## Jungarbeiter, Kasernenhof droht!

### Heraus zur öffentlichen **Versammlung**

Donnerstag, den 16. Juni,  
Monistische Gemeinde, Grünstr.

## Thema: Gegen Arbeitsdienst, Zwangsturie, Militarismus Der Kampfausschuss:

H. Rehohle R. Buntzeck W. Schaar  
(KJV.) (SIV.) (KJO.)  
Hanning (parteilos)

Eintritt 10 Pfg.  
Die prolet. Jugendorganisationen sind zur Diszussion aufgefordert

Breslau, den 15. Juni 1932.

## Revolutionäre Arbeiter sollen im Rundfunk sprechen

Der Rundfunk, der durch den derzeitigen Reichsinnenminister für möglich je eine halbe Stunde für die Reichsregierung beschlagnahmt wurde, dient der Bourgeoisie als Waffe zur Vernebelung der Arbeiterhirne. „Seelische und geistige Erbauung“ mit Orgelmusik u. a. sind die beliebtesten Mittel. Durch die Reden Brünnings und Hindenburgs im Rundfunk wurde er offen als Propagandamittel für die Politik der Bourgeoisie benutzt. Alarmierend ist nunmehr die Meldung, daß Hitler ebenfalls im Rundfunk sprechen wird. Der Rundfunk erteilt einem Nationalsozialisten das Wort zu einer ausgedehnten Wahlrede, während er den revolutionären Arbeitern nicht die geringste Möglichkeit bietet, sondern im Gegenteil nicht einmal den proletarischen Dichter H. Becker u. a. am Mikrophon sprechen ließ. Die gesamte Arbeiterschaft muß dagegen den schärfsten Protest erheben und sofort gegen den faschistischen Rundfunk Stellung nehmen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft soll mit allen Mitteln ihre Forderungen der Rundfunkgesellschaft gegenüber durchsetzen. Als erstes muß gefordert werden, daß die Führer des revolutionären Proletariats, die Führer der kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen durch den Rundfunk zu den Massen sprechen.

Organisiert überall unter Führung des Freien Radikalen Abt. und Diskussionsabend über die faschistische Rede eines Hitler im Rundfunk. Mobilisiert die werktätigen Massen in antifaschistischer Aktion gegen den faschistischen Rundfunk, für die Forderung:  
Revolutionäre Arbeiterführer sollen im Rundfunk sprechen

## Vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Wir haben der Arbeiteröffentlichkeit bereits früher davon Mitteilung gemacht, daß das kleine Verzeichnis, genannt „Kreis Vereinigung der Kriegs- und Arbeitsopfer“, unter Führung eines Herrn Kiewitz mit uns nichts zu tun hat. Des öfteren ist von Seiten von Kriegs- und Arbeitsopfern unserer Funktionen gegenüber die Auffassung laut geworden, daß diese kleine Vereinigung mit uns unserem Bunde gehöre. Wir wollen heute ausdrücklich feststellen, daß Kiewitz mit seinem Kriegsbeschädigtenklub, mit unserer Organisation nicht das mindeste zu tun hat, zumal Kiewitz, wie uns mitgeteilt wurde, Faschist ist.

Wir bitten, von dieser Feststellung Kenntnis zu nehmen und diese unter Kriegs- und Arbeitsopfern weiter zu verbreiten.  
Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit  
Gauleitung Schlesien.

## Nazi-Proleten erwachen!

Auf der Stempelstelle Sternstraße konnte man in den letzten Tagen die interessante Beobachtung machen, daß Nazi-Proleten einem Genossen, der die Scheringer Broschüre zum Kauf anbot, eine größere Anzahl Exemplare abkaufte. Ihr Interesse wurde dadurch erregt, daß der oben erwähnte Genosse Teile des Inhaltes vor einem größeren Kreise von Arbeitslosen vorlas, wobei so mancher Naziarbeiter, der an Hitler wie an einen Gott glaubte, vielleicht das erste Mal in seinem Leben von der Korruption der Hitler, Goebbels und Kautorten erfuhr. Wir bezweifeln, daß die betreffenden Proleten noch nach dem Lesen der Broschüre, die den Sumpf des Dritten Reiches richtig beleuchtet, unentwegt Apostel des „großen“ Adolf bleiben werden. Auch die Nazi-Proleten erwachen, wenn auch langsam.

Die Scheringer Broschüre ist bei allen unserer Mitbeteiligten zum Preise von 10 Pfg. zu haben, und ist als Diskussionsmaterial von unschätzbarem Wert. Sorgt dafür, daß die ehrlich Illustrierten tuschenden Naziarbeiter diese Broschüre zu lesen bekommen.

## Achtung! KWD-Weiß

Heute, 20 Uhr, findet Friedrich-Wilhelmstraße 15, eine Mitglieder-versammlung gemeinsam mit dem SPD. statt. Mitgliedsbücher mitbringen.

## Parteimitglieder von Weiß

Erscheint rechtzeitig am Donnerstag um 20 Uhr bei Hoffmann, Bövels- witzer Straße, zur gemeinsamen Mitglieder-versammlung von SPD., KPD. und KFD. Mitgliedsbücher mitbringen.

## Einheitsfront gegen Faschismus und Lohnabbau

In Steiermark freilich die Günterarbeiter und weichen sich gemeinsam, ohne Unterbrechung der Partei gegen den Heimwehterror. Das Beispiel von Steiermark, von dem die neue KZ. in 3 Seiten berichtet, wird auch in Deutschland überall die Einheitsfront-Bewegung vorwärtsreiben.

## Faschistenbrut versucht sich einzunisten

Stabelwitz. Seit einigen Tagen macht sich auch in unserem Ort die braune Pest bemerkbar. Obgleich das hier jeder dritte Einwohner ein kommunistischer Wähler ist, versuchen die braunen Wurdgeößen mit allen Mitteln in die rote Burg Stabelwitz einzudringen. Bei einem hantrotten Bauern, dem es wirtschaftlich schlechter geht, als so manchem Arbeiter, werden die geheimen Sitzungen abgehalten. Die Arbeiterschaft von Stabelwitz muß hier ein wachsameres Auge haben, und vor allen Dingen auf jene Leute aus den Kreisen der Arbeiterschaft achten, so sind zum Beispiel die Erwerbslosen Lüddecke, Schlade und noch andere in die Reihen der Hitlergardien gegangen. Die Arbeiter werden gut tun, wenn sie sich diese Gesellen einmal etwas näher ansehen. Die Arbeitervereine des Ortes möchten wir im besonderen darauf aufmerksam machen, daß sie darauf achten, daß sich derartige Elemente nicht in ihre Reihen einschleichen. Wildet auch den roten Massenentscheidungs, damit ihr gegen Naziüberfälle, wie sie bereits in einer Reihe von Orten vorgekommen sind, abzuwehren in der Lage seid.

# Aus dem Wohlfahrtsstaat des Herrn von Papen

Unterstützungsfälle werden gekürzt — Renten abgebaut — Steuern erhöht  
Selbstmordziffern steigen — Antwortet durch antifaschistische Aktion

„Die Nachkriegsregierungen... haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nationen geschwächt.“

Breslau. So heißt es wörtlich in der Regierungserklärung, welche das Kabinett der konzentrierten Reaktion am 4. Juni veröffentlichte. Die Proklamierung dieser Regierungserklärung, in welcher vom „Wohlfahrtsstaat“ gesprochen wird, ist eine der ungeheuerlichsten und schärfsten Kriegserklärungen an die gesamte werktätige Bevölkerung, und hat demzufolge auch die Empörung der gesamten werktätigen Bevölkerung ausgelöst. Diese programmatische Erklärung ist ein Signal für die Arbeiterklasse und weist mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß die Papenregierung mit allen Kräften an die Beseitigung der letzten Reste der Sozialpolitik herangehen wird.

Diese Kriegserklärung an die werktätige Bevölkerung hat auch Herrn Löbe, den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten, bewegen, dazu Stellung zu nehmen und in der „Volksmacht“ vom Sonnabend, dem 11. Juni, leitartikel er „gegen“ jene programmatische Regierungserklärung. In welcher Weise dies der Präsident des verstorbenen Reichstages tut, läßt gleichzeitig die „Oppositions“-Stellung der SPD. erkennen. Volker Stolz erklärt er gleich in den ersten Sätzen: **Bejn Jahre nach dem Kriege 1870/71 wuchsen am Rande der Großstädte enge dunkle Mietskasernen empor, die vom Keller bis zur Mansarde vollgepfropft waren von Proletarierfamilien.** Dann spricht er weiter von den Kindern, die einst in „licht- und luftlosen Höfen spielten“, wie „schön“ dagegen sieht heute Herr Löbe die Proletarierfamilien leben, wenn er schreibt von den „am Rande der Großstadt errichteten Einzel- und Kleinhäusern, in denen Luft und Sonne... moderner Komfort, Gas, Elektrizität und Bad vorhanden ist“... und von einem „sonnigen Spielplatz umsäumt, aus denen der Jubel spielender Kinder erschallt.“ So sieht der Sozialdemokrat Löbe die Welt und versucht damit den Beweis zu führen, daß dieser Staat doch ein Wohlfahrtsstaat ist. Nur taucht bei den Millionen Arbeitsloser und bei denen, die mit den Hungerpennigen von der Stempelstelle und aus dem Betrieb nachhause gehen, die Frage auf:

## Wohlfahrtsstaat für wen?

Wir haben ja in Breslau die besten Beweise, für wen dieser Wohlfahrtsstaat existiert. Allein die Zahl der Wohlfahrtsverwehrlösen, die am 31. Mai d. J. 88 000 Personen aufwies, zeigt mit aller Deutlichkeit den Klassencharakter des Staates, noch abgesehen von der Höhe der Unterstützungssätze, wenn man von solchen überhaupt noch sprechen kann. Und wie die Wohnungsverhältnisse dieser Menschen, die gezwungen sind, von den Bettelstufen zu existieren, aussehen, dafür spricht die Zahl der 25 000 ermittelten Familien im Jahre 1931, eine allzu deutliche Sprache. Der Sozialdemokrat Löbe hat schelnd die Wohnungen seiner politischen Freunde, die ja in großer Zahl in Reichs-, Staats- und Gemeindepensionen sind und in den Randgebieten der Großstädte wohnen, verwechselt.

Und wenn weiter Herr Löbe dann von Parteien spricht, die angeblich die durch die kapitalistische Wirtschaft arbeitslos und brotlos gemachten Proletarier gegenüber den Opfern der Krise der vergangenen Zeit haben, dann sei hier erneut auf einige Tatsachen hingewiesen. Abfichtlich verzicht Paul Löbe, daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung nur aus der Tasche heraus im Jahre 1918 geboren wurde, daß die Arbeiter die Waffen in der Hand hatten und daß der kapitalistische Staat diese „Wohlfahrtsanleihe“ nur gewährte als letztes Ventil gegen die drohende Revolution. Aber seit jenen Tagen ist mit Hilfe der SPD.-Führerschaft Stück für Stück von diesen Einrichtungen abgebaut worden, so daß heute nur noch ein jämmerlicher Rest zurückgeblieben ist, auf den sich nun die Papen-Schleicher-Regierung stützt.

Invaliden, Witwen, Kleinrentner und auch ihr Kriegsoffer, kommt zu unserer

## Öffentlichen Versammlung

am Freitag, den 17. Juni 1932, abends 7 Uhr (19 Uhr), nach dem „Zentralballsaal“, Westendstraße.  
Dort wird gesprochen über:

## Die Einheitsfront der Kriegs- und Arbeitsopfer gegen Rentenabbau und imperialistischen Krieg

Erscheint zahlreich. Keiner bleibe zu Hause. Unkostenbeitrag 10 Pfennig. Die Leitung.

## Auch in Marienhöfen gehts jetzt vorwärts

Marienhöfen. Am Dienstag voriger Woche fand hier im Lokal Zankubit eine öffentliche Versammlung der Internationalen Arbeiterhilfe statt, welche sehr gut besucht war. Genosse Feijen berichtete über seine Erlebnisse und Beobachtungen in der Sowjetunion. Er betonte dabei ausdrücklich, daß die Wirtschaft im ersten Arbeiter- und Bauernstaat sich im Aufbau befindet, während in allen kapitalistischen Ländern abgebaut und die Betriebe stillgelegt werden. Ferner trat er den Augenmeldungen über Sowjetrußland in der bürgerlichen, sowohl der SPD.-Presse entgegen. Der imperialistische Krieg, der seinen Anfang bereits in den kriegerischen Auseinandersetzungen im fernen Osten hat, wird mit Hilfe der Augenpressenmeldungen vorbereitet. Aber mit dem Schicksal der Arbeiterklasse Rußlands ist das Schicksal der Arbeiterklasse der ganzen Welt verbunden, deshalb ist die Solidarität und die Verhinderung des Räuberkrieges die größte Aufgabe die vor uns steht. Der Aufforderung des Referenten, sich in

258 Selbstmorde im Jahre 1930, 224 im Jahre 1931 in Breslau zeigen mit aller Deutlichkeit die „Wohlfahrt“ in diesem Staate.

Das Jahr 1932 wird viel grauenerregendere Zahlen aufzuweisen haben, haben wir doch Tage erlebt, wo bis fünf Selbstmorde gemeldet wurden. Und wie sieht die Frage der Unterstützung aus. Mit Hungerpennigen werden die Erwerbslosen abgeholfen. Und diejenigen, die es wagen, sich nebenbei einige Pfennige zu verdienen, die kommen mit der Klassenjustiz in Konflikt. Täglich gehen uns derartige erschütternde Zuschriften zu. Vor kurzer Zeit wurde ein Erwerbsloser, der mit 3.00 Mark wöchentlich nicht verhungern wollte und deshalb mit seiner Mandoline „Hosmuller“ machte, zu einem Tage Gast beurteilt. Man bezeichnete die aus Not herausgegebene „Tat“ als „jugendlichen Leichtsinns“. Und ein anderes Beispiel der „Wohlfahrt“ sind die 2-Pfennig-„Wohlfahrtscheine“, die das städtische Wohlfahrtsamt herausgibt. Damit versucht man den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und ihnen die Illusionen einzugeben, als Folge der „Vater Staat“ für jeden. All diese Tatsachen die werden von Herrn Löbe und der „Volksmacht“ gar nicht erwähnt und dies in bestimmter Absicht.

Die Arbeiterklasse gibt eine andere Antwort, und zwar eine recht deutliche an die Papen-Schleicher-Regierung, auf ihre Programm-erklärung. Ist es nicht so, daß aus den Knochen der arbeitenden Bevölkerung Milliarden durch Massenmorden und Bölle herausgedrückt werden und daß durch die ungeheuerlichen Abbaumassnahmen am Lohn und den Unterstützungssätzen der hungernden Bevölkerung die Milliarden herausgeholt und „eingespart“ werden, die für die Schmarroher der kapitalistischen Gesellschaft verwendet werden. Für wen ist dieser Staat ein Wohlfahrtsstaat, für den Erwerbslosen oder den Kriegs- und Arbeitsinvaliden, der mit einem Jahreseinkommen von 300 bis 400 Mark und noch viel weniger sein Leben fristen muß, oder für die Generale, denen der Krieg wie eine Wadetur vorgekommen ist und die heute mit Pensionen von 10 000 bis 15 000 Mark ihr Leben in den Baboorten zubringen? Oder ist es ein Wohlfahrtsstaat für die hungernden Arbeiterkinder, oder die gebärenden Mütter, für die nicht eine Mark im Reichschat eingeseht sind oder ist dieser Staat der Wohlfahrtsstaat der kapitalistischen Gesellschaft und aller Ausbeuter, die alle aus der Futtertrippe des Staates fressen?

Das ist der Wohlfahrtsstaat der Ausbeuter, auf Kosten der Ausgebeuteten!

Zwei Milliarden wurden in Form der Spülkübel den ostelbischen Junkern, eininhalb Milliarden zur Stützung der verfallenden Renten hingeworfen. Der Staat, der für 20 000 Geistliche in Deutschland 27 mal soviel ausgibt, als wie für vier Millionen hungernde Arbeiterkinder ausgibt, der in der „Notzeit des deutschen Volkes“ dem Bischof von Köln einen Jahresgehalt von 194 000 Mark zahlt, das ist der Wohlfahrtsstaat der besitzenden Klasse und aller treu ergebenen Helfer!

Das ist der Wohlfahrtsstaat der Reichen auf Kosten der Armen! Die angedrohten Abbaumassnahmen der Unterstützungssätze, der Renten der Kriegsbeschädigten und die Erhöhungen der Steuern und... werden mit noch größerer Brutalität den Klassencharakter dieses Staates zeigen.

Auf die Kriegserklärung des Kabinetts von Papen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft auf die deutsche Arbeiterklasse muß die werktätige Bevölkerung antworten mit der antifaschistischen Aktion. Wenn den kommunistischen Arbeitern finden sich bereits die sozialdemokratischen, die SPD., und die Millionen parteiloser Proleten zu einer antifaschistischen Kampffront zusammen. Antifaschistische Aktionen in den Betrieben, auf der Straße, an den Stempelstellen usw. — das muß die Antwort sein auf diese ungeheuerliche Herausforderung! Die antifaschistische Front wird Herrn von Papen und seinen nationalfaschistischen Stützen sowie den Herren Sozialdemokraten die Antwort geben.

die rote Einheitsfront einzureihen, folgten sofort 30 Anwärter, die sich in die Listen des roten Massenlebensbuches eintrugen. Dieser Erfolg machte den SPD.-Bezirks-, Amts- a. D. und Gemeindevorsteher Neumann so nervös, daß er seine Wut nicht anders zum Ausdruck bringen konnte, als daß er Anwesende öffentlich anpöbelte. Dieser „Herr“ glaubt seinen Bezirksvorsteherposten dazu benutzen zu können, Anwesende zu schikanieren. Doch die heilige Einmühenerschaft erseht allmählich, daß auch Neumann sein SPD.-Parteibuch nur dazu benutzt, um sich recht viele und angenehme Einwahnequellen zu verschaffen, in einer Zeit, wo Millionen arbeitsloser Volksgenossen nicht das notwendige zum Leben haben.

Der Einzeichnung der 30 Personen in die Listen für den roten Massenlebensbuch müssen noch weitere Einzeichnungen folgen. Alle Schichten der Werktätigen, ganz gleich ob Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern oder Gewerbetreibende, sind nicht länger gewillt, den Weg der Verelendung und der Ausplünderung weiter zu gehen. Sie sind es satt, die NotverordnungsPolitik noch weiter mitzumachen. Bei all den genannten Schichten da wächst bereits der Wille zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Schließen wir die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger, Krieg und Reichsruß, daß ist die beste Antwort auf all die Schikanen und Unterdrückungsmassnahmen, die auf die Werktätigen niederprasseln.

## Achtung, Quartiere werden gesucht!

Für das am 18. und 19. Juni stattfindende schlesische Landes-sportfest werden noch eine Menge Quartiere benötigt. Wir bitten, Solidarität mit den roten Sportlern zu üben und Meldungen nach dem „Fichte“-Heim, Siebenhufener Straße 12/13, in Ost bei Kunze, Vorwerkstraße 79, Scheitling; Rüste, Kl. Fürkentrstraße 7, Süd: W. Frost, Lemaldstraße 5, Dكتور: Ortner, Trebnitzer Straße 50, Westen: Anglerheim, Leutenstraße, Zentrum: Rosenthal, Oberstr. 17 zu geben.

Verantwortlich für den politischen Zell. Provinz und Lokales: Erich Sobbe. Breslau. — Für die Redaktionen: Alfred Henrich Berlin. — Für Inserate: Albert Gollam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

# -aber die 2 1/2 Zigarette

darf nur 1 gr. wiegen, während die 31 Pfg.-Zigarette 1,25 gr. wiegen

darf. CLUB 31 hat gesetzlich zulässiges Höchstgewicht und

vor allem: Sie ist rein macedonisch, also grösser und besser.



# RUND UM DEN ERDBALL

## Der Prozeß gegen den weißen Offizier

Eisenbahn-Attentäter / Massenmörder / Eine Zierde des ungarischen „Dritten Reiches“

Wien, 11. Juni. Morgen beginnt hier der Prozeß gegen den Eisenbahn-Attentäter von Jüterbog, Via-Torbaan. Für den Prozeß gibt sich ein ungeheures Interesse kund. Aus aller Welt sind Pressevertreter nach Wien gekommen, um den Verhandlungen beizuwohnen. Die Nachfrage nach Eintrittskarten in den Verhandlungssaal ist sehr groß.

Die Ereignisse um den Fall Matuschka sind noch in aller Erinnerung. Es war am 9. August des vorigen Jahres, an dem Tage des Roten Volksentscheides. An diesem Tage kam die Nachricht vom Mord an Jüterbog. Und da setzte die infamste Hege gegen die Kommunistische Partei ein. Die Hege setzte ein gerade am Tage, da das Karl-Liebknecht-Haus von der Polizei geschlossen und das Erscheinen der „Roten Fahne“ verboten wurde. Am Tage also, da uns die Möglichkeit genommen war, diese Hege zu entlarven und in unserer Presse auf die ungeheuren Lügen hinzuweisen.

An der Spitze marschierte der „Angriff“. Man schrieb von einem „Sendling der III. Internationale“, von einem sowjetrussischen Offizier, dessen Spuren der Polizei bereits bekannt seien, von einer Nord- und Terrororganisation der kommunistischen Partei. Das „Tempo“, Mittelweins Boulevardblatt, wollte natürlich hinter dem „Angriff“ nicht zurückbleiben. Und der „Vorwärts“ ließ sich, besonders in seiner Abendausgabe, vom „Angriff“ und von Mittelweins nicht in den Schatten stellen.

Die Hege nahm die tollsten Formen an. Eine erlogene Sensationsnachricht jagte die andere. Eine niederträchtige Pogromstimmung gegen die kommunistische Partei wurde geschaffen. Tagtäglich berichtete man als „erwiesen“, daß das Attentat von Kommunisten verübt worden sei. Als dann nach dem Attentat von Jüterbog auch in Ungarn, in Via-Torbaan, ein ähnliches Attentat mit noch furchtbareren Folgen verübt wurde, ging auch in Budapest die kommunistische Partei los. Einige Dutzend revolutionärer Arbeiter wurden in Ungarn verhaftet und gefoltert, um von ihnen Geständnisse zu erpressen.

Zum großen Leidwesen des „Angriff“, des „Tempo“, des „Vorwärts“ und der internationalen Polizei wurde dann durch einen Zufall der wahre Attentäter, Schweizer Matuschka, ein Offizier Horthys, einer der Organisatoren der „Erwachenden Ungarn“ (ungarische Nazis) in Wien entdeckt und verhaftet. Die ungarische Regierung versuchte, ihn abzuschüteln, wollte dann noch den Eindruck erwecken, als wäre dieser Arbeitermörder und Faschist ein Kommunist. Aber es gelang ihr nicht.

Morgen beginnt also der Prozeß gegen Schweizer Matuschka. Es ist zu erwarten, daß trotz aller Verdrückungsversuche der Prozeß so manche heute noch verborgenen Fakten enthüllen wird. Wir werden über den Verlauf dieses Prozesses ausführlich berichten.

### Der Mord im Grenzwald

Hohe Gefängnisstrafen

Roermond (Holland), 14. Juni. In dem Prozeß wegen des dreifachen Mordes im Grenzwald von Posterbolt, der das Gericht in Roermond vor zwei Wochen beschloß, wurde am Dienstag das Urteil gefällt. Der Jagdaufsicht Van Elzen, gegen den lebenslängliche Gefängnisstrafe beantragt worden war, wurde zu 15 Jahren, dessen Sohn, anstatt der beantragten 12 Jahre, zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Dem Prozeß lag die Ende November 1931 erfolgte Ermordung dreier als Zehnjähriger bekannter junger Leute aus Purbroef zugrunde, deren Leichen nach längerem Suchen im Grenzwald verstreut aufgefunden wurden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen den Jagdaufsicht und dessen Sohn, die beide Schuld leugneten, im Verlaufe des Prozesses aber schuldig befunden wurden.

### Kämpfe in Donawitz



gegen den Terror der Unternehmer und ihrer Lakaien, die österreichischen Nazis, haben unter kommunistischer Führung die Arbeiter der steiermärkischen Ortschaft Donawitz eine Einheitsfront gebildet. Unser Bild zeigt die dortigen Arbeitslosen im Kampf gegen die Polizei.

(Aus der „AIZ.“)

## Prügel als Weltanschauung

Der Hauptschuldige außerhalb der Anklage — Das System bleibt bestehen

Prenzlau, 14. Juni. Der Prozeß gegen die Erzieher von Templin nähert sich dem Abschluß. Der Ankläger beantragte für den Angeklagten Franke 9 Monate Gefängnis, für Stein 3 Monate, für Kuchemann einen Monat, für Jaap 2 Monate, für Wenda 3 Monate, für Teichler ein Jahr Gefängnis und für den Angeklagten Knoblauch Freispruch.

Der Staatsanwalt erklärte zur Begründung seiner Anklage und seines Antrages, daß sich die Angeklagten strafbar gemacht haben, weil sie entgegen den Bestimmungen des Ministeriums für die Wohlthat geprügelt haben. Ob das Prügeln als solches angebracht sei oder nicht, darüber wolle er kein Urteil abgeben. Es handelt sich also hier seiner Meinung nach um ein Vergehen gegen den Buchstaben des Gesetzes und nicht um eine Verkrüppelung und Terrorisierung einer Jugend.

Es ist im Verlaufe dieser Verhandlung einwandfrei nachgewiesen worden, daß hier nicht einzelne „Erzieher“ Seitensprünge gemacht und geprügelt hätten, sondern daß das Prügeln zum Hauptinhalt dieser Anstalt gehörte. Es ist ebenso einwandfrei im Verlaufe dieses Prozesses nachgewiesen worden, daß die einzelnen Erzieher im Einvernehmen mit

dem Direktor, Pastor Grüber, gehandelt haben, ja daß Direktor Grüber selbst einer der Hauptprügelhelden gewesen ist. Er ist also erwiesenermaßen der Hauptschuldige. Trotzdem wurde gegen ihn keine Anklage erhoben und demnach auch kein Strafantrag gestellt.

Der Verlauf des Prozesses hat ergeben, daß es sich hier um eine Anstalt handelt, in der sich evangelische und hakenkreuzlerische Weltanschauung paarten, daß man hier Methoden des „Dritten Reiches“ anwendete und daß all das geschehen ist, unter stillschweigender Duldung der sozialdemokratischen Stadtämter, die demnach an all diesen ungeheuerlichen Vorgängen ebenso schuldig ist, wie Franke und Direktor Pastor Grüber. Trotzdem wurde keiner dieser Herren und Damen angeklagt.

Und das Ergebnis? Einige dieser Erzieher werden vielleicht geringfügige Strafen erhalten, aber das System bleibt bestehen. Pastor Grüber bleibt weiter Direktor der Anstalt, die Kinder können weiter im christlich-hakenkreuzlerischen System erzogen werden.

### Falschmünzwerkstatt in Köln ausgehoben

Köln, 14. Juni. Die Kölner Kriminalpolizei konnte am Dienstagvormittag in der Simrockstraße eine Falschmünzwerkstatt ausheben, in der 5- und 2-Mark-Stücke hergestellt worden waren. Zwei Falschmünzer wurden verhaftet. Die Untersuchung ist noch im Gange. Das Falschmünzgerät konnte restlos beschlagnahmt werden.

Es ist bezeichnend, daß in letzter Zeit so viele Falschmünzwerkstätten ausgehoben werden. Je mehr die Krise wächst, desto mehr greifen die Verbrecher um sich.

### In der Sommerfrische überfallen

Berchtesgaden, 14. Juni. Die 36jährige Industrieebeamtin Irma Keger aus Wien, die zur Zeit in Werten zur Sommerfrische weilte, wurde beim Ausritte zum Hochkönig, von einem 40- bis 50jährigen Mann überfallen. Als der Mann bei dem Versuch das Mädchen zu vergewaltigen, auf heftige Gegenwehr stieß, verfehlte der Unhold seinem Opfer gefährliche Messerstiche in Hals und Brust. Dann raubte der Täter seinem Opfer die Schmuckstücke und das Bargeld.

### Die Auffindung des Vertram-Flugzeugs

(N.) London, 14. Juni. Eine Meldung der Exchange Telegraph Co. aus Melbourne bestätigt, daß das Junlersflugzeug, in dem der deutsche Flieger Hans Vertram mit seinem Begleiter im vorigen Monat die Timorsee überflogen hatte, in der Nähe der Missionsstation von Droydala gefunden worden ist. Die Flieger hatten einen Zettel hinterlassen, in dem sie mitteilten, daß sie in den Such gegangen seien. Ein Flugzeug ist ausgeschied worden, um nach den vermißten Fliegern zu suchen.

### Schweres Bootsunglück

(N.) Rollin, 14. Juni. Acht junge Leute unternahmen in der Nähe der Ortschaft Gaultig eine Bootsjahrt auf der Dierenow und schaukelten auf der Mitte des Stromes so stark, daß das Boot kenterte und alle acht Insassen ins Wasser stürzten. In der Nähe befindliche Boote eilten sofort an die Unglücksstelle, doch gelang es nur sechs Verunglückte zu bergen, während der 25 Jahre alte Sohn des Landwirts Schmudchel aus Gaultig und der 17jährige Werner Schmidt aus Rollin ertranken.

# Große Erfolge der Liste „Proletarischer Schulkampf“

Starke Stimmengewinne bei den Elternbeiratswahlen in Freiburg, Landeshut und Nieder-Salzbrunn — SPD. verliert überall — Nazi erleben arge Enttäuschungen

Waldenburg. Die Elternbeiratswahlen am vergangenen Sonntag haben gezeigt, daß unser Einfluß auch an der Schulfrent im Wachsen begriffen ist. In all den Orten, von denen bis jetzt Berichte vorliegen, hat die Liste „Proletarischer Schulkampf“ einen Sieg davongetragen. Bezeichnend ist besonders, daß nicht nur die SPD. sehr viele Stimmen an die Liste „Proletarischer Schulkampf“ abgeben mußte, sondern daß dort, wo die Nazi eigene Listen aufstellten, auch diese hinter der Stimmenzahl, die für die Liste „Proletarischer Schulkampf“ abgegeben wurde, zurückblieben. Nachfolgend die Berichte über das Ergebnis der Elternbeiratswahlen von Freiburg, Landeshut und Nieder-Salzbrunn.

Freiburg. Die Wahl zum Elternbeirat an der evangelischen Volksschule brachte für die Liste „Proletarischer Schulkampf“ einen glänzenden Erfolg. Bei der vor zwei Jahren stattgefundenen Wahl wurde nur ein Vertreter unserer Liste gewählt.

Bei der diesjährigen Wahl konnten wir vier Mandate erringen.

Insgesamt wurden 444 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf die Liste 1 „Christlich unpolitische“ 340 Stimmen, auf die Liste 2 „Proletarischer Schulkampf“ 104 Stimmen. Es waren insgesamt 17 Vertreter zu wählen, davon erhielt die Liste 2 vier Sitze. Gewählt sind die Genossen: Paul Schubert, Josef Schirdewahn, Gertrud Peterwik und Konrad Pförtner.

Landeshut. Die Wahlen zum Elternbeirat an den hiesigen Mittelschulen brachten für unsere Liste ebenfalls einen großen Erfolg. Es ist uns nicht nur gelungen, die Kontraktsozialisten, sondern auch die Nazi, welche unter der Flagge „Christlich-nationale Liste“ segelten, zu schlagen. Letztere blieben weit hinter dem erhofften Erfolg zurück. Die Pastoren-Liste konnte noch einmal neun Mandate, die SPD. zwei und die Nazi drei Mandate erobern.

Unsere Liste „Proletarischer Schulkampf“ konnte vier Mandate erobern.

Angelehnt der großen Klame von der Kanzel herab sowie der SPD. und Hitlerleute ist dieses Ergebnis für uns ein großer Erfolg. In der katholischen Schule gelang es uns erstmalig, einen Einbruch in die Dunkelkammer des Reaktionsärs Rektor Klippel zu machen. Unsere Liste „Proletarischer Schulkampf“ erhielt ein Mandat. Die Wahlen haben gezeigt, daß der Boden für den „proletarischen Schulkampf“ günstig ist, nur müssen die Vorbereitungen noch besser als bisher geleistet werden.

Nieder-Salzbrunn. Bei den Wahlen an der evangelischen Schule 2 wurden von 118 Wahlberechtigten 227 Stimmen abgegeben. Die Nazi mußten mit ihrer eigenen Liste eine arge Enttäuschung erleben. An Stimmen erhielten: die evangelische Liste 109 und

# „Einheitsfront“-Versammlung der Eisernen Front

Weißstein. Für Sonntag hatte die Eiserne Front zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Dieser Ruf wurde wenig beachtet und auch die auswärtigen Bannerleute vermochten nicht den Saal zu füllen. Die Hälfte der Versammlungsteilnehmer setzte sich aus Kommunisten zusammen. Die Arbeiterklasse von Weißstein hat also erkannt, daß von der „Eisernen Front“ die wirkliche Rote Einheitsfront gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Faschismus und imperialistischen Krieg nur verhindert wird. Hinke führte den „Achtsten Punkt“ auf die „unruhige Zeit“ zurück. Wieder bezeichnete er es als Schwindel, daß er die Zustimmung zur Einheitsfront und zu dem Aufruf gegeben habe. Wer der Schwindler ist, beweist die „Bergwacht“, in der am Sonnabend wörtlich geschrieben steht:

„Wie schon mitgeteilt wurde, hatten die sozialdemokratischen Funktionäre in Weißstein ihre erst gegebene Zustimmung zurückgezogen.“

Das war so auch den Blättern der SPD. und den Flugblättern zu entnehmen. Deshalb ist da Hinkel noch so aufplaudert, ist unverständlich. Charakter wird durch diese Erklärung die Tatsache, daß diese Funktionäre der „Eisernen Front“ vor Wendemuth und Lehmann keine Zurückgewichen sind. Das heißt Genosse Ernst hat der Versammlung eindeutig ist. Die Methode Hinkel, den Genossen Klein zu mißkreditieren, zeichnet seinen wahren Charakter, was ihm Genosse Klein in einer kurzen Erwiderung klar genug zu verstehen gab.

## Hamburger verteidigt Hindenburg und damit Papen-Hitler

In seiner bekannnten bligen Art verurteilte Dr. Damburger die Folerierungspolitik der SPD. in seinem Referat zu verteidigen. Er wand sich wie ein Wurm, nur um seine Anhänger bei der Stange zu halten. Von diesen lächerlichen Worten werden aber auch Reichsbannerproleten nicht fass. Hamburger verteidigte die fünfte Rotverfassung und die Regierung Papen nach Strich und Faden in der Hoffnung, daß die SPD-Wähler die vier Rotverordnungen verwerfen haben, die Prämie dem deutschen Volke mit Hilfe der SPD. schenkte.

Er verschwieg, daß Hindenburg, der doch nach Angabe der SPD-Führer „den Faschismus schlagen“ sollte, Herrn Papen und damit die anderen Barone „von und zu“ auf den Plan gerufen hat, um dem Faschismus hochzuhelfen.

Auch das hat Damburger seine Entschuldigung „Die 13 Millionen Stimmen für Hitler haben Herrn Hindenburg zu diesem Schritt veranlaßt.“ Demnach wären also die 13 Millionen Hindenburgstimmen wertlos. „Auf zur Tat“, das war sein letzter Ruf, natürlich nur mit dem Stimmzettel am 31. Juli. Hamburgers Ausführungen konnten nur Menschen begeistern, die politisch nicht über eine Rajenunge hinaussehen können.

## An die Arbeiter in der „Eisernen Front“

Genosse Ernst verpflichtete das Referat und wies der Versammlung das schändliche Verhalten der SPD-Führer in der Vergangenheit nach. Die Abrechnung machte Herrn Hamburger nervös. Die harten Schläge schmerzten und er schielte jeden Augenblick nach

1. Eine, die Liste der SPD. „Schulkampf“ 53 Stimmen und 1 Sitz, die christlich-nationalen KNTM. 25 Stimmen und keinen Sitz.

Die Liste der revolutionären Arbeiter „Proletarischer Schulkampf“ erhielt 82 Stimmen und 3 Sitze.

# Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Schlesien um 3400 gestiegen

Breslau. Nach den hinsichtlich der Wohlfahrtserwerbslosen allerdings nur als vorläufiges Zahlungsergebnis anzusehenden Feststellungen standen Ende Mai 340716, das sind rund 83 Prozent aller Arbeitslosen, in Unterstüfung, und zwar waren 77125 Arbeitslosen, 101428 Krifen- und 162195 als Erwerbslose Wohlfahrtsumterstützte. Prozentual entfielen also 22,7 auf Arbeitslosen-, 29,6 auf Krifen- und 47,7 auf Wohlfahrtsumterstützte.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist im Monat Mai um rund 3400 gestiegen.

Mit dem Steigen der Wohlfahrtserwerbslosen wächst auch das Elend breiter Massen, ins Unermeßliche. Haben wir gegenüber dem Vormonat auch einen saisonmäßigen leichten Rückgang der Erwerbslosenzahl insgesamt, so ist doch die Zahl der Erwerbslosen gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr um 99043 höher.

In den Arbeitsamtsbezirken Breslau und Hindenburg hat sich die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden während der Berichtszeit sogar noch erhöht (Metallindustrie, Baugewerbe; Breslau: Vellei-

bungsgewerbe; Hindenburg: Bergbau). Im Bezirk Grünberg ist die Gesamtzahl fast unverändert geblieben.

Die angeführten Zahlen deuten darauf hin, daß nach einigen Monaten der Saisonarbeit das Meer der Erwerbslosen noch weit größer wird, als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Schon haben anhaltende Entlassungen im Waldenburger Bergbau, in der Metallindustrie und im Baugewerbe eingesetzt. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen wird noch mehr steigen.

Gegenüber dieser Masse von Erwerbslosen kennt die Papen-Regierung, die im Namen Hitlers regiert, nur Hunger und blaue Bohnen, wie die Vorgänge in Sagan, Grünberg und Mültschitz in Oberschlesien zeigen. Aber die Arbeiterklasse ist, wenn sie gemeinsam kämpft, stärker als blaue Bohnen und alle Gewaltmaßnahmen der Papen-Hitler! Deshalb schmiedet die rote Einheit, schließt das Kampfbündnis mit den Betriebsarbeitern gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Hunger, Krieg und Faschismus!

# Hungernde schließen Kampfbündnis gegen die Satten

Dem Ruf des Erwerbslosenausschusses folgen Arbeiter aller Parteirichtungen — Inangriffnahme der Lässigbad-Regulierung lindert die Not der Erwerbslosen und der kleinen Geschäftsleute Jetzt vorwärts zum gemeinsamen Kampf!

Hartmannsdorf. Der Erwerbslosenausschuß hatte die Erwerbslosen aller Parteirichtungen auf den 10. Juni zu einer Versammlung aufammengerufen. Dieser Aufforderung war der größte Teil der Erwerbslosen gefolgt. Es waren neben den kommunistischen Arbeitern zahlreiche Arbeiter die noch in der SPD. und KNTM. organisiert sind, anwesend. Auch die Gemeindevertreter der SPD. hatten der Einladung Folge geleistet. Einleitend sprach der SPD.-Gemeindevertreter über die Notwendigkeit der roten Einheitsfront gerade in der jetzigen Zeit, wo die Notlage der arbeitenden Bevölkerung durch weitere Verschlechterungen noch vergrößert wird, wo ein ungeheurer faschistischer Terror herrscht. Alle Redner, die in der Diskussion zu Wort kamen, brachten zum Ausdruck, daß endlich den Hungermäh-

nahmen gegenüber den Erwerbslosen ein Halt geboten werden muß. Die vom Erwerbslosenausschuß vorgeschlagenen Forderungen wurden einstimmig angenommen.

## Kampfforderungen der Hartmannsdorfer Hungernden

1. Die Gemeindevertreter wollen beschließen, daß bei Inkrafttreten der neuen Notverordnung, welche weitere Kürzungen der Erwerbslosen-, Krifen- und Wohlfahrtsumterstützungen vorsieht, für alle Unterstüfungsempfänger die Miete aus der Gemeindefasse zu bezahlen, andernfalls wir sofort geschlossen in den Mieterstreik treten.
  2. Verhinderung sämtlicher Ermittlungen.
  3. Übernahme sämtlicher Arzte, Krankenschein- und Rezeptgebühren, auch solche, die schon entstanden sind und von den Erwerbslosen nicht bezahlt werden konnten.
  4. Übernahme sämtlicher Familienmitglieder der Wohlfahrtserwerbslosen in die Krankenversicherung.
  5. Niederschlagung sämtlicher Gemeindefeuern der erwerbslosen Haus- und Stellenbesitzer.
  6. Vollständige Aufhebung der Pflichtarbeit, das betrifft alle Arbeitsleistungen, die nicht tarifmäßig entlohnt werden, auch den freiwilligen Arbeitsdienst und die Zwangsarbeit für Jugendliche.
  7. Die Gemeinde verpflichtet sich allen Unterstüfungsempfängern und Hilfsbedürftigen Zusatzleistungen in Form von Kleidern, Schuhwerk und ausreichende Stärkungsmittel, Milch für Säuglinge usw. zu geben.
  8. Wegfall des dritten Stempeltages für die Wohlfahrtserwerbslosen.
  9. Zulassung eines gewählten Mitglieds des Erwerbslosenausschusses zur Wohlfahrtskommission mit Stimmrecht.
  10. Zur Hebung der Not innerhalb der Gemeinde wird sofort die Lässigbadregulierung und Inkraftsetzung der Dorfstrafe unter Bezahlung von tariflichen Löhnen in Angriff genommen.
- Auf diesem Wege kann einem großen Teil der Erwerbslosen Arbeit und Brot geschaffen und damit auch eine Linderung der Not der kleinen Geschäftsleute erreicht werden. Zum Schluß der Versammlung wurde der Erwerbslosenausschuß auf zehn Mitglieder erweitert. In diesem Ausschuß sind jetzt neben den SPD.-Genossen auch Arbeiter Mitglieder, die noch in der SPD., im Stahlhelm und in der KNTM. organisiert sind. Sie alle sind bereit, nach dem Grundsatz zu handeln: Gemeinsame Not, gebietet gemeinsamen Kampf!

der Uhr. Die Arbeiter in der „Eisernen Front“ lassen sich von ihren Führern immer noch mißbrauchen, für die Vertreter der Bourgeoisie ihre ganze Kraft zu opfern.

Nicht die Wahlen, sondern der außerparlamentarische Kampf kann die Arbeiterklasse zum Siege führen. Deshalb Herstellung der roten Einheitsfront im Betrieb und auf der Straße! Genosse Ernst erntete harten Beifall.

Während des Schwertes Damburgers kam es wegen dessen heijlicher Demagogie zu einem Zwischenfall. Damburger las aus einem Buch, das ihm von einem Genossen vorgelesen wurde und aus dem die Rolle der SPD. zu ersehen war, nur die Stellen heraus, bei denen er von seinen Wählern nichts zu fürchten hatte. Auf den Protest vieler Arbeiter mußte er das Buch wieder herausgeben.

Wann endlich werden die Arbeiter der „Eisernen Front“ einsehen, daß sie von ihren Führern mißbraucht werden? Wollt ihr SPD.-Arbeiter nicht, daß ihr weiter ins Elend gestürzt werdet, dann macht ihr Schluß mit der Politik des „kleineren Übels“ und schließt euch der roten Einheitsfront an, gegen eure Führer, wenn sie nicht wollen und daß sie es nicht wollen, zeigt am deutlichsten der Fall in Weißstein.

## Arbeiterkorrespondenten!

Sendet Berichte über die antifaschistische Aktion



## Trachten- und Wanderkleidung für Herren und Knaben

Herren-Trachtenhose imitiert Wildleder, mit 2 Taschen und Messertasche	3.85	Herrenjanker 2 reihig, mit grünem Tuchkragen, 3 aufgesetzte Taschen und Innentasche	4.85
Herren-Wanderhose imitiert Wildleder, Rundbund, Uhr- und Gesäßtasche	3.85	Herren-Wolljanker 2 reihig, mit grünem Tuchkragen, 3 aufgesetzte Taschen	7.50
Herren-Wanderhose aus gutem Velveton, Rundbund, Uhr- und Gesäßtasche	5.85	Sepplhut aus grünem Filz, mit Seidenschur	1.95
Herren-Flösjacke Satin, mit Faconkragen, licht-, luft- und waschicht	3.85	Kletterhut Filz meliert, mit Schwalbleder	2.85
Knaben-Trachtenhose imitiert Wildleder, gold oder grau, 2 Taschen		Knaben-Janker mit unterlegtem grünem Tuchkragen, 2 felliger Rückengurt	
Größe 0-2 3-4 5-6 7-8 9-10 11-12		Größe 0-2 3-4 5-6 7-8 9-10 11-12	
Alter 2-4 5-6 7-8 9-10 11-12 13-14		Alter 3-4 5-6 7-8 9-10 11-12 13-14	
Preis 1.65 1.85 2.05 2.25 2.45 2.65		Preis 2.45 2.65 2.85 3.05 3.25 3.50	
Knaben-Wanderhose imitiert Wildleder, Rundbund, Uhrentasche		Knaben-Flösjacke blau indanthren, Rückengurt, mit Faconkragen, 3 aufgesetzte Taschen	
Größe 5-6 7-8 9-10 11-12		Größe 1-2 3-4 5-6 7-8 9-10 11-12	
Alter 7-8 9-10 11-12 12-13		Alter 3-4 5-6 7-8 9-10 11-12 13-14	
Preis 2.25 2.45 2.65 2.85		Preis 1.55 1.65 1.75 1.95 2.10 2.25	

KAUFHAUS SCHOCKEN

# In drei Tagen 250 Millionen für den sozialistischen Aufbau

## Die Anleihe „Abschlussjahr des Fünfjahresplans“

Moskau, 13. Juni. Von unserem W.-Korrespondenten (gl.) In den ersten drei Tagen sind für die neue Anleihe „Für das letzte Jahr des ersten Fünfjahresplans“ rund 250 Millionen Rubel gezeichnet worden. Es zeigte sich nicht zu schillerndem Enthusiasmus und Opfermut.

Als die Arbeiter am ersten Tag in die Betriebe kamen, hatten die meisten bereits durch die Zeitungen von der Ausschreibung der Anleihe durch die Sowjetregierung erfahren. Sofort traten die einzelnen Abteilungen zu Versammlungen zusammen, in denen die Kommunisten, Kommunisten und Gewerkschaftsarbeiter über den Zweck der Anleihe ausführlich Aufklärung gaben. Sofort begannen auch die Arbeiter die Anleihe zu zeichnen, ein volles Monatsgehalt und noch mehr, und riefen andere Abteilungen des Betriebes zum Wettbewerb über die Höhe der Zeichnung heraus.

Im Autogiant „Stalin“ waren bereits um 10 Uhr morgens 885.000 Rubel gezeichnet, während der Mittagspause um 11 Uhr wurden die ersten Wettbewerbe abgeschlossen und durch eine Wanderfabrik die Zunahme der Anleihezeichnung überprüft. Die Abteilung Montage hatte bis dahin 111 Prozent des Monatsgehalts gezeichnet, die Lackiererei 112 Prozent. Die Fahne erhielt jetzt die Schwachstromabteilung. Um 1 Uhr war bereits die Summe von 1.600.000 Rubeln erreicht. In den Nachmittagsstunden stellte sich heraus, daß die Fahne längst der technischen Abteilung gehörte, die 127 Prozent des gesamten Monatsgehalts gezeichnet hatte. Als das die Schwachstromabteilung erfuhr, trat sie sofort zu einer Versammlung zusammen, und die Arbeiter beschloßen, 130 Prozent des Monatsgehalts zu zeichnen. Um 7 Uhr abends waren schon über 2 Millionen Rubel erreicht.

In vielen Betrieben traten während der Versammlungen die besten Stoßbrigaden in die Partei ein. In Elektroland wurden am ersten Tage 2.300.000 Rubel gezeichnet. In der Spitze marschiert die Elektroden-Abteilung des Betriebs „Sichel und Hammer“. Hier hatten um 7 Uhr abends 39 Prozent aller Arbeiter insgesamt 835.000 Rubel gezeichnet. Im Betrieb Danamo, in dem 700.000 Rubel gezeichnet wurden, beteiligten sich die deutschen und anderen ausländischen Arbeiter und Spezialisten aktiv an der Zeichnung. Ein großer Teil Betriebe zeichnete sofort anderthalb Monatsgehalt. Die Ingenieure und das technische Personal des Betriebs Danamo riefen die Techniker und Ingenieure von Elektroland zum sozialistischen Wettbewerb heraus.

So legten die Arbeiter der großen Metropole des Westproletariats einen neuen aufstrebenden Beweis ihrer grenzenlosen Liebe und Bereitschaft für die Sache des Sozialismus ab. Was für eine Welt erhebt sich die Sowjetunion, in der das Proletariat das führende sozialistische Volk aufbaut, vom kapitalistischen Europa, in dem die herrschende bürgerliche Reaktion Milliarden vergeudet, Milliarden bankrotten Banken und Junkern in den Taschen wirft und alle aus den arbeitenden Volksmassen herausgepreßten Mittel nur zur weiteren Verelendung eben dieser Massen verwendet, auf daß eine kleine Schicht von Ausbeutern ein sorgenfreies Leben führen kann.

Die 2 Milliarden 200.000 Rubel, die die Anleihe der Sozialisten-Ausbeutung beträgt, gibt Hunderte neuer Werke, neuer Fabriken, Straßen, Verkehrsmittel, Klubs, Kinderheime — kurz: Dinge für die Befriedigung der unmittelbaren Interessen der Werktätigen in Stadt und Land.

# Negermutter Ada Wright verhaftet

Brüssel, 13. Juni. Bei ihrer Ankunft in Brüssel wurde Ada Wright die Mutter der in der Scottsboro-Angelegenheit zu Tode verurteilten beiden Negerknaben verhaftet und unter polizeilicher Begleitung wieder an die Grenze gebracht. Ada Wright war von der belgischen Sektion der Roten Hilfe eingeladen worden, in einigen Versammlungen über den Skandal von Scottsboro zu sprechen.

# Theodor Plivier: Der Kaiser ging, die Generale blieben

Kiel  
21. Oktober 1918!  
Am Abend, an dem der Kaiser von Berlin ins Hauptquartier flüchtete, zur selben Stunde, da Karl Liebknecht in der Sitzung der Revolutionären Zentrale das Wort nahm und zum revolutionären Kampfe aufrief, erhielt die deutsche Hochseeflotte den Befehl zum Auslaufen.  
Die Hochseeflotte sollte zum Schutze gegen englische Flotte ausgehen. Lautere die von Admiral v. Scheer aus dem Großen Hauptquartier übermittelte Order an den Flottenchef. Der Flottenchef ließ die Geschwader auf sein Flaggschiff zu einer Befehlsabgabe zusammenrufen. Und die zu ihren Formationen zurückgeführten Geschwaderchefs riefen die Kommandanten und Offiziere ihrer Schiffe zusammen und teilten ihnen mit: „Die Hochseeflotte sollte auslaufen und nach dem Englischen Kanal vorziehen, um den rechten Flügel der deutschen Front zu entlasten. Sollen wir dabei auf die englische Flotte, nehmen wir den Kampf auf?“  
Die Aufklärungskräfte sind schon ausgelaufen.  
Die Linienkriegsschiffe liegen noch im Jadebusen vor Unter.  
Der Geschwader, zwanzig Schiffe mit 30.000 Mann Besatzung. Auf Schilligrede, am äußeren Flügel der Flotte, liegen die zur III. Geschwader gehörenden vier Schiffe der schnellsten Division: der „König“, der „Kronprinz“, der „Margraf“, der „Große Kurfürst“.  
Der „Große Kurfürst“ liegt zwischen „König“ und „Margraf“.  
Wie auf den anderen Schiffen sind alle Lichter nach außen abgeschaltet. Die Matrosen liegen auf den Kolumngedrehten Böden der Kalesmatten, oder sie haben im Schein der elektrischen Lampen hinter den geladenen Kanonen. Ihre Stiefel und Kleider haben sie anbehalten. Sie warten, wie sie viereinhalb

# Blutbad in der Tschechoslowakei

## Drei Streikende von Gendarmerie erschossen — Gesteigerter Terrorfeldzug gegen die kommunistische Bewegung — Zahlreiche Betriebe im politischen Massenstreik



Die erste Nummer, in der unser böhmisches Bruderorgan das Blutbad mitteilte, wurde beschlagnahmt. Unser Bild zeigt, wie der Rotschl des Pressezensors in der zweiten Ausgabe gewütet hat.

Prag, 13. Juni. Ueber das kurz mitgeteilte Blutbad in der Slowakei werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Arbeiter auf dem Streckenbau Cervna Skala-Margecan streikten gegen Lohnraub. Als die roten Gewerkschaften zu Verhandlungen mit den Unternehmern nicht zugelassen wurden, demonstrierten 2000 Streikende vor dem staatlichen Bauamt. Gendarmerie verhaftete den Führer der roten Gewerkschaften zu verhaften. Mit Gummiknüppeln und Bajonetten ging sie gegen die Arbeiter vor, die ihren Streikführer schützten wollten. Schließlich gaben die Gendarmen eine Salve ab, wodurch zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden. Am nächsten Tage versammelten sich die Arbeiter wiederum vor dem Gebäude, in dem die Verhandlungen fortgesetzt wurden. Die Gendarmerie verhaftete mehrere Arbeiter und eskortierte sie in dem gleichen Eisenbahnzug, in dem die Demonstranten in ihre Wohnorte fuhren. Auf der Station Bohorela hielten die Arbeiter den Zug an und verlangten die Freilassung ihrer Kollegen. Die Antwort war eine Salve, durch die ein Arbeiter getötet, viele schwer und leicht verletzt wurden.

Die tschechische Bourgeoisie hat ihre seit langem systematisch betriebene Terrorkampagne gegen die kommunistischen Organisationen noch gesteigert. Der Innenminister Slavik hat in einem Interview mit der „Prager Presse“ angedroht, daß der Auflösung der Internationalen Arbeiterhilfe und des slowakischen Jugendverbandes noch weitere Verbote proletarischer Organisationen folgen werden.

Die Arbeiterschaft der gesamten Tschechoslowakei befindet sich ähnlich wie bei dem Blutbad in Freiwaldau in gewaltiger Erregung. Allenfalls werden Beschlüsse für Proteststreiks angenommen und Betriebe und Baustellen stillgelegt. Zahlreiche öffentliche Versammlungen nahmen Protestentscheidungen an, in denen sie Mordtaten des Innenministers und strenge Bestrafung der Schuldigen und Freiheit für die Arbeiterorganisationen fordern.

# „Es sieht aus, als wollten die Japaner Ernst machen“

## Weißbanditenblatt über die Kriegslage im Fernen Osten

Tokio, 13. Juni. Die japanischen Kavallerietruppen treiben die Streitkräfte des Generals Ma in Richtung auf die Sowjetgrenze. Telexunion berichtet aus Charbin hierüber:  
„Es soll versucht werden, die chinesischen Streitkräfte zum Ueberschreiten der russischen Grenze zu zwingen. Das japanische Oberkommando hat Verstärkungen in Marsch gesetzt.“ Die japanische Taktik ist klar: Unter dem Vorwand der Verfolgung der „Mandschings“ sollen auch japanische Truppen die Sowjetgrenze überschreiten und dadurch die Sowjetunion, die sich keinen Fuß breit breiter Sowjetlande rauben lassen wird, in den Krieg hineinziehen.

Ministerpräsident Saito hat dem Grafen Uchida, der soeben von einer „Studienreise“ aus der Mandschurei zurückgekommen ist, das Außenministerium angeboten. Uchida gehört zum rechten Flügel der Konservativen, vertritt die Interessen des größten Bankentrufts und hat gute Beziehungen zur Militärkamarilla.  
Die Weißbanditen der ganzen Welt äußern heftige Begeisterung über den verschärften Kriegskurs Japans. Die immer noch in

Paris ungestört ihr Wesen treibende Zeitung „Wosroschdenije“, das Organ des weißgardistischen Kriegervereins, bringt einen Brief ihres eigenen Korrespondenten aus Charbin, in dem wir u. a. folgendes lesen:

„Die Kriegsoperationen gehen ihren Gang. Es sieht aus, als wollten die Japaner ernst machen. In immer breiteren Strömen kommen in Charbin Truppen aus dem Lande der aufgehenden Sonne an. Charbin passierte die 18. und die 10. Division, ihnen folgte eine besondere Brigade, deren Namen nicht genannt wird. Jetzt kommt die 14. Division aus Schanghai an. Dies ist eine Truppe, die eine besondere Kraft darstellt, denn sie ist eine Truppe in Kriegsstärke, nicht in Friedensstärke. Der Kampf geht gegen die Banditen und die Mandschings, führt letzten Endes dazu, daß bedeutende japanische Streitkräfte zusammengeballt werden. Offiziell tragen die Japaner nach wie vor ihre Friedensliebe zur Schau. Man wird nicht müde, zu wiederholen, Japan wolle keinen Krieg. Das wird mit einer derartigen Beharrlichkeit wiederholt, daß schließlich der gegenteilige Eindruck erweckt wird.“

Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und streikenden Arbeitern einer Zuderfabrik in Tucuman (Argentinien) wurden drei Personen getötet und acht verletzt.

Nach einer Neutermeldung aus Addis Abeba ist es dem im Jahre 1917 entthronten Kaiser Lidj Schassa von Abessinien, der in Gefangenschaft gehalten wurde, gelungen, die Freiheit wiederzugewinnen. Der Flüchtling befindet sich in dem unwegsamen Gebirgsbezirk von Gobsjam, wohin eine starke Truppenabteilung entsandt worden ist.

Jahr lang gewartet haben. Sie warten — auf den Morgen oder auf ein Ereignis.  
Anders die Heizer, die haben zu tun.  
„Dampf machen für zwölf Meilen Marschfahrt!“ ist von der Brücke her durchgejagt worden. 20 Kessel hat das Schiff, 200 Quadratmeter Kesselfläche mit 60 Feuerlöchern. Davor stehen die Heizer der Waage, mit Schürhaken und mit Schaufeln. Sie werfen auf, schüren die Glut, fischen Schlacken. Die Trimmer schleifen Kohlen heran. Die halbnackten Leiber sind rot überglüht. Auf die vom Kohlenstaub überpuderte Haut zieht der Schweiß weiße Rinnen.  
„He, Job, nu aber los, ran hier die Kohlen!“  
„Das geht ja gar nicht heute, was ist denn los?“  
„Der kann hinten nicht heizen, das kommt davon!“  
„Das kommt davon — von dem Grünlohl heute Mittag! Und die Marmelade abends, von der kriegt man auch nichts in die Knochen!“  
„Den Grünlohl habe ich gleich wieder ausgekostet, so ein Fraß!“  
„Nu mach schon, der Schlackendred, der verfluchte — weg damit endlich! Wie lange soll das Zeug noch hier rumliegen?“  
Job füllt die Eisenpötte mit Schlacken. Er ruft den zweiten Trimmer, beide schleifen die Pötte zum Aufzugschacht und hängen sie an die Winde.  
„Achtung!“ ruft ein Heizer, ein baumlanger Kerl und reißt die Stange, die beim Aufwachen der Schlackentrufte trumm geworden ist, aus dem Feuer heraus und schleubert sie auf die Pfleisen hin: „Das soll ein Schürhaken sein — so ein Dreß, so ein verdammter, weiß wie Butter!“  
Der Heizer wuschte sich die Stirn ab:  
„Job, gib mal dem Negerlöcher her!“  
Job bringt dem Lengen die Kaffeekanne. Der trinkt, vorher rahmt er mit dem Handrücken den Kohlenstaub von der schwarzen Brücke ab.  
Dampf für zwölf Meilen Marschfahrt — das ist zum Anhalten, das ist Arbeit, bei der man sich auch mal grade raun, bei der man sich auch mal verschauen kann. Beim Dampf machen für 24 Meilen in der Stunde denken die Heizer nicht mehr daran, miteinander zu reden. Dann kleben die nasen Fejen nur so an den Schenkeln, die Muskeln zittern, die Zungen hängen wie Stücke Holz in den Mäulern.  
„Zwölf Meilen — das ist Sache, was?“  
„Ja, wenas nach, Anker auf! bloß nicht mehr wird.“

„Daß wir überhaupt noch mal rausfahren...“  
„Weit geht's auch nicht, bloß bis Helgoland!“  
„Wir fahren nur als Deckung für die Minensucher!“  
„90 U-Boote sind noch draußen. Die kennen die Fahrtstraße nicht. Die sollen wir reinholen! Das weiß ich vom Posten Brücke. Und der hat's vom Kommandanten gehört!“  
Der lange Heizer Raumschuh holt einen Priem vor:  
„Da, beiß dir auch mal einen ab, Job!“  
Der Trimmer heißt eigentlich Jakob, mit seinem ganzen Namen Jakob Bonezyk. Die Heizer rufen ihn kurz Job, oder Brummischid, oder auch Brummischädel.  
„Und wenn die U-Boote drin sind, dann ist's vorbei!“  
„Dann hat der Dreß ein Ende, dann ist Frieden!“  
„Mensch, Junge — Frieden! Wie das bloß ist?“  
„Wo bleibst du denn nachher ab, Brummischädel?“  
„Ich? Ich geh nach Herne, wieder in' Kohlenpütt!“  
„Legten Urlaub in Berlin, da hab ich mir so ein Puppchen angelacht...“  
Der wachhabende Obermaat betritt den Heizraum. In seiner hellen Uniform hebt er sich von den verschmierten Gesichtern vor den Feuern ab: „Ihr habt wohl nichts zu tun, was? Raumschuh, machen Sie mal auf!“  
Heizer Raumschuh macht die Feuerungstür auf:  
„Ein Feuerchen — jawohl, das kann der Obermaat sich mal ansehen!“  
„Ganz egal, steht hier nicht rum — ran, ausschleusen!“  
Die Heizer holen die langen Schleusenstangen; sie öffnen die Feuerungslappen, stoßen die Stangen in die Glut und brechen langsam ihre Feuer auf.  
„Ein Puppchen, duße sage ich dir!“  
„Die sind doch alle egal — Loch ist Loch!“  
„Das sag nicht! Ich kenne sie eigentlich schon von früher. Aber das war bloß so vom weitem. Diesmal bin ich ihr dichter an die Haut ran gekommen. Raja, einen Alten hat sie, dem geht das nicht ganz. So ein offer SPD-Knochen, du weißt schon, einer mit so 'ne Gipstrawatte — der will keinen Arbeiter, der will was Besseres für seine Tochter haben!“  
Raumschuh spuckt einen Mund voll Priemsauc aus. Die Feuerungstür zischt leise auf: „Aber dem werden wir den Giftzahn schon ausbrechen! Das glaubst du doch, was Job?“  
„Na und ob, aber ganz sicher!“  
Fortsetzung folgt

# Proletariertind am Hungertode zugrunde gegangen

Das Gewicht des 17 Monate alten Kindes beträgt  $8\frac{3}{4}$  Pfund / Die Anträge des erwerbslosen Vaters, das Kind in eine Pflegeanstalt unterzubringen, stets abgelehnt / Die Leiche des verhungerten Kindes muß ein Kampfsignal an alle proletarischen Eltern gegen das Hindenburg-Papen-Deutschland, für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland sein

Neukendorf, Kreis Waldenburg. Wir bringen im Bild die Leiche des 17 Monate alten Kindes des erwerbslosen Arbeiters Oskar Springer, das am Hungertode zugrunde gegangen ist. Das Gewicht des Kindes beträgt  $8\frac{3}{4}$  Pfund. Die Anträge des Vaters, das Kind in eine Pflegeanstalt unterzubringen, sind stets abgelehnt worden. Das Kind ist am 1. Juni gestorben.

Die gesundheitliche Lage der arbeitenden Bevölkerung verschlechtert sich von Monat zu Monat, von Tag zu Tag. Aus den Säuglingsfürsorgestellen kommen die Meldungen, daß die Säuglinge in der Mehrzahl ihr Normalgewicht nicht mehr erreichen, die Schularzte berichten von der erhöhten Anfälligkeit der Schulkinder. Es vergeht kein Tag, an dem nicht hungrige Erwerbslose an den Stempelfellen zusammenbrechen. Selbst dort, wo noch gearbeitet wird, kommen die Meldungen, daß die Krankheitsziffern rapide steigen. Mit der Gesundheit geht es im bürokratisch-kapitalistischen Deutschland bergab, und trotzdem greift die herrschende Klasse zu weiteren brutalen Abbaumaßnahmen auf allen sozialen Gebieten. Sie macht bei der Volksgesundheit nicht halt, auch nicht bei denen, die am hilflosesten sind, die einer Fürsorge und eines Schutzes am meisten bedürfen, nicht bei denen, die unter der wirtschaftlichen Not am meisten leiden, bei den Kindern und Jugendlichen. In einer Zeit, wo der Organismus besonderer Pflege, besonderer Zufuhr von kräftiger Nahrung, besonders günstiger Lebensbedingungen bedarf, um richtig zu gedeihen, zerstört eine systematische Unterernährung, wie sie schon längst in der Familie der Erwerbslosen herrscht und wie sie auf Grund des fortgeschrittenen Lohnabbaues für den Betriebsarbeiter auch unvermeidlich geworden ist, die Grundlage für eine normale Entwicklung. Die mühsam aufgebauten Säuglingsfürsorgestellen werden nach und nach abgebaut. Die Kommunen bauen sorgfältig die Pflegeplätze für Kinder ab. Der Staat gibt für einen Polizeihund mehr aus als für ein Proletariertind. Die Schulspeisungen sind zum Teil ganz beseitigt worden.

In ganz Deutschland gibt es nur 338 Kinderrippen, während in der Sowjetunion im Jahre 1927/28 bereits 34 000

bestanden haben, und diese Zahl im Jahre 1932/33 auf 65 000 erhöht wird. Kindergärten und -korte gibt es in Deutschland 8135; in der Sowjetunion bereits im Jahre 1927/28 107 000. Im Jahre 1932/33 wird die Zahl auf 217 000 erhöht. Allein in Moskau sind in diesem Jahre zwei neue Sanatorien für tuberkulose Kinder errichtet worden. Für Instandhaltung der alten Sanatorien wurden 8 Millionen Rubel bewilligt. Für Kinderheime, Kindergärten und Spielplätze wurden 204 Millionen Rubel ausgegeben. In Leningrad ist in diesem Jahre ein weiteres Erholungsheim für Mutter und Kind, ein Erholungsheim und ein Sanatorium für Kinder errichtet worden.

Die Leiche des verhungerten Kindes ist ein Kampfsignal an alle proletarischen Eltern. Kein proletarischer Vater, keine proletarische Mutter darf ihr Kind dem sie unmittelbar bedrohenden Elend preisgeben. Kindereleid aber gehört untrennbar zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Darum Kampf gegen eine solche Ordnung! Je schlimmer die Ausbeutung der Arbeiterklasse ist, desto grausamer ist das Schicksal ihrer Kinder. Die Papen-Regierung wird bereits in den nächsten Stunden eine neue Notverordnung erlassen, wonach die Unterstützungssätze der Erwerbslosenversicherung im Durchschnitt um 23 Prozent gekürzt werden sollen. Ferner sollen die Kriegsbeschädigtenrenten abgebaut und die Freigrenze bei der Arbeitslosigkeit herabgesetzt werden. Die Notverordnungspolitik bedeutet für die junge Generation Hunger und Siedtum, Ausbreitung ansteckender Krankheiten und den Tod.

In der Sowjetunion, im Lande der herrschenden Arbeiterklasse, da heißt es: Ausbau der Jugendfürsorge, steigender Wohlstand der Ar-

beiterklasse, alles für die Kinder, denn sie sind unsere Zukunft. Deshalb darf es den Arbeitern im Betrieb und auf der Stempelstelle nicht überlassen, sich zu entscheiden, für die Erhaltung des bürgerlich-kapitalistischen Deutschlands, des Hungers und des Elends, oder für die Errichtung eines freien, sozialistischen Sowjet-Deutschlands. Dieses sozialistische Deutschland wird nicht mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer und auch nicht mit dem Stimmzettel erkämpft, sondern durch den revolutionären Massenkampf in der roten Einheitsfront. Die Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, werden in den nächsten Wochen bis zum 31. Juli wiederum um die Stimmen der Arbeiterklasse buhlen. Sie werden wiederum mit Versprechungen kommen, um diese nach der Wahl wie bisher mit Füßen zu treten. Die kommunistische Partei hat in ihrem Aufruf vom 6. Juni die Werktätigen in Stadt und Land aufgerufen, ihre Stimme für die Kandidaten der kommunistischen Partei zu geben, als Kampfbekennnis nicht für die Erhaltung der verfaulenden kapitalistischen Ordnung, sondern für deren Beseitigung und für den Sieg des Sozialismus. In diesem Sinne müssen alle Kommunisten unserer Massenorganisationen und die Leiter unserer Presse wirken.

EINE LÖCKE AUSFÜLLEN  
Remmeles Buch  
DIE SOWJET-UNION BAND 2  
Erscheint wöchentlich Preis 2,85 Mk. Zu beziehen beim Lilienmann oder Verlag Carl Haysen Nachf. Berlin

## Erster Kampftongreß der Antifaschistischen Aktion

Ein Kampfsignal für ganz Deutschland

In Verbindung mit der grandiosen Thälmann-Kundgebung in Darmstadt erhält der dortige erste Kampftongreß der Antifaschistischen Aktion, der am 12. Juni stattfand, bahnbrechende Bedeutung. Nicht ganz zwei Wochen aufstrebender Mobilisierungsarbeit genügt, um in Hessen einen Massendelegationskongreß zustande zu bringen. Der gewaltige Saalbau war brechend voll. Über 1500 Delegierte und Gastdelegierte waren dem Ruf zur Organisation des einheitlichen Massenkampfes gegen den Faschismus gefolgt.

Das Einheitskomitee Westhausen hatte auf Grund der zahlreichen Pflichtarbeiterstreiks und der Einheitsfront-Aktion gegen den Naziterror zu einem gemeinsamen Kampftongreß für Hessen aufgefordert. Die Bezirksleitung der KPD stellte sich sofort mit einem wuchtigen Appell hinter den Aufruf des Einheitskomitees. Sofort kam der Widerhall aus zahlreichen Betrieben und Arbeiterorganisationen. Fast sämtliche Stempelfellen des Bezirks nahmen Stellung. Weit über die Reihen der KPD wurden Parteiloze, Freigewerkschaftler, SA, und SPD-Arbeiter erfasst. 41 Kleinbetriebe und 45 Mittel- und Großbetriebe entsandten Delegierte. Die Betriebe und Stempelfellen schickten nicht nur Hunderte von KPD-Mitgliedern und Unorganisierten, sondern auch 152 freigewerkschaftlich Organisierte. 44 kamen als Mitglieder der SPD, 27 als Vertreter der SA, außerdem zahlreiche Jungarbeiter und Hunderte von Frauen-Delegierten.

Schon diese Massendelegationen und ihre Zusammensetzung sind bei der kurzen Vorbereitungszeit ein überwältigender Beweis für den Schrei nach einheitlicher Aktivität gegen die faschistische Reaktion. Ein weiterer Beweis war die ungeheure Begeisterung, die diesem Kongreß im Sinne des einheitlichen Massenkampfes immer wieder durchglühte. Durchschlagend aber ist die Tatsache, daß zum ersten Male auf einem solchen Kongreß ein offizieller Beauftragter der SPD nach öffentlicher Aufforderung erschien, um zu dem Einheitswillen des Proletariats Stellung zu nehmen. Die SPD-Führung mußte dem Massendruck nachgeben und versuchen, der Radikalisierung der Massen entsprechend zu manövrieren. Ebenso mußte sich der SA-Gewerkschaftsbürokrat Galm aus Offenbach dem Massendruck beugen und sich vor diesem Kongreß wegen seiner Zerstückelungsarbeit verantworten.

Genosse Wilh. Koenen, Berlin, kennzeichnete in einem immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochenen Referat die faschistische Entwicklung und stellt in den Mittelpunkt der Erörterung des Kongresses die dringende Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen.

Erfüllt wenn das Proletariat zu Aktionen übergeht, insbesondere den Streik als die schärfste Waffe der Arbeiterklasse im Kampfe gegen Lohnraub und Unterdrückung wieder rücksichtslos und mit aller Schärfe anwendet, wird dem faschistischen Vormarsch ein Halt geboten. Streiks waren auch in diesen Wochen immer dann erfolgreich, wenn sie wirklich auf der Grundlage der Einheitsfront gemeinsam und geschlossen durchgeführt wurden. Darüber hinaus sind Pflichtarbeiterstreiks, Erwerbslosenaktionen gegen Unterstützungsabbau, gegen Zwangsversteigerungen, gegen Zwangsversteigerungen und schließlich noch Schulstreiks und Lichtstreiks als Einheitsfrontkämpfe in zahllosen Orten von Erfolg gewesen.

Die Entwicklung aktiver Kämpfe gegen Hungerfaschismus und Krieg, von unten auf, mit selbstgewählten Kampforganen, das ist die Linie der kommunistischen Tagespolitik, die über Einzelaktionen durch eine Welle von Aktionen und Streiks zu immer größeren Massenaktionen und schließlich zum politischen Massenstreik führen muß. Da sich diese Aktivität nur im schroffsten Widerspruch zu den staatsbehaltenden arbeitsteilungsgewaltigen SPD-Instanzen durchsetzen kann, so werden wir immer und immer wieder an die sozialdemokratischen Arbeiter appellieren, um sie in diese Kampffront einzualtern.

Gefingt das, dann hat die Befreiungsstunde des deutschen Proletariats geschlagen.

Zur Einheit in der Aktion und zum Handeln zwingt uns mehr denn je heute der Naziterror, den wir nur durch einheitliche Aktivität, durch Massenelbstschutz entgegenwirken können. Durch den Naziterror wurde der Wille zum einheitlichen Kampf mächtig entzündet. Der Massenbesuch des Kongresses ist ein Massenstreik nach Kampfesart.

Der SPD-Redner, der als Vertreter des Bezirksvorsitzenden Niedendorfer gekommen war, betonte zunächst, um sich einen guten Eingang zu schaffen, keine Sowjetfreundlichkeit. Dann hatte er aber nichts anderes mehr zu sagen, als daß man sich „weniger beschimpfen“ solle, sich zusammensetzen müsse, um dann die Agitation und Propaganda sowohl von KPD, wie SPD, nur noch gegen den Faschismus zu richten. Als Faschismus sieht er nur die italienische Schreckensherrschaft an. Zur Brüningpolitik sagte er kein Wort und ebenso sprach er mit keiner Silbe von der Organisation der Aktionen, das Wort Streik kam überhaupt nicht über seine Lippen.

Galm als Vertreter der SA stimmte hierin völlig mit

dem SPD-Mann überein. Auch er sprach nicht eine Silbe über gemeinsame Aktionen, geschweige denn von Streiks. Er besaß die Schamlosigkeit, von der KPD, und KPD die Liquidierung der selbständigen Streikführung zu fordern. Damit stieß er auf einen ungeheuren elementaren Entrüstungsausbruch des gesamten Kongresses.

Betriebsarbeiter und Erwerbslose, Frauen, Jungarbeiter und Bauern gaben dann in der Diskussion mit Aktionsberichten und Aktionsforderungen die Antwort. Immer, wenn über einen geschlossenen Einheitsfrontkampf für Erwerbslosenforderungen oder gegen Naziterror berichtet wurde, war der brausende Beifallssturm am stärksten.

Es folgte die Wahl eines aus Arbeitern der verschiedenen Parteistellungen unter überwiegender Beteiligung von parteilosen Arbeitern gebildeten antifaschistischen Aktionsauschusses. Gegen wenige Stimmen wurde eine Resolution für die Wahl von Kommunisten im hessischen Landtag angenommen.

Das nachstehende Manifest an die heimische und übrige deutsche Arbeiterklasse fand mit stürmischer Zustimmung einstimmig Annahme.

## Appell zur Antifaschistischen Aktion

Wir 1550 Delegierte und Gastdelegierte des Kampftongresses der Antifaschistischen Aktion rufen euch zum Anschluß an die rote Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, der schaffenden Bauern und werktätigen Mittelständler. Wir wurden delegiert aus den Betrieben und Stempelfellen, von den Massen, die im Kampf gegen Ermittlung, Zwangsversteigerungen und Pfändungen und gegen die Wuchertarife für elektrischen Strom, Gas und Wasser stehen, von dem schaffenden Landvolk und den werktätigen Mittelständlern. Der Kampftongreß steht im Zeichen der roten Einheitsfront. Wir haben uns ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zusammengeschlossen. Unter uns sind 165 Betriebsdelegierte aus 45 Groß- und Mittelbetrieben und 41 Kleinbetrieben, sowie 552 Erwerbslose, 44 Mitglieder der SPD, 27 Mitglieder der SA, 379 Mitglieder der KPD, 152 Mitglieder der freien Gewerkschaften, 191 Mitglieder der KGD, 3 christlich organisierte Arbeiter, 1 Mitglied der NSDAP, 19 Jungarbeiter der SA, und des SA, 172 Frauen, 6 schaffende Bauern, 20 werktätige Mittelständler, 7 Studenten. Wir geben euch allen damit ein Vorbild, für den Zusammenschluß in der roten Einheitsfront für die Antifaschistische Aktion.

Unsere Antifaschistische Aktion soll eine Massenbewegung aller Schaffenden gegen die faschistisch-kapitalistische Welle erzeugen. Wir wollen den Massenkampf gegen die Unterjochung und Ausbeutung aller Arbeiter und Werktätigen organisieren. Wir wollen den Terror der faschistischen bezahlten Soldatenteile des Kapitals unmöglich machen. Wir wollen Lohn- und Unterjochungsraub durchkreuzen. Wir wollen die steuerliche und jede Massenbelastung beseitigen. Wir wollen, daß die werktätigen Massen nicht erneut das Opfer eines Weltkrieges, den das internationale Kapital gegen die Sowjetmacht führen will, werden. Wir wollen an die Stelle der kapitalistischen Knechtschaft die sozialistische Ordnung setzen. Statt Hunger, Not und Elend sollen die Massen Brot und Arbeit haben. Statt der Diktatur der Großgrundbesitzer, der Kapitalisten, der Bankiers, der Großagrarien, der Generale wollen wir die Arbeiter- und Bauernregierung, die Herrschaft der Arbeiter im Bunde mit allen Werktätigen. An Stelle eines kapitalistischen Deutschland mit seiner Tributflaverei zugunsten der internationalen und Zwangsversteigerungen, schützt die

Zum Kampf für diese Ziele rufen wir euch auf. Folgt dem Beispiel, das wir euch geben. Kämpft an allen Fronten gegen den Feind, der euch bedrückt. Verwirklicht mit uns die Lösung,

die die kommunistische Partei Deutschlands in ihrem Einheitsfrontangebot an alle Arbeiter und im Aufruf der Antifaschistischen Aktion herausgegeben hat:

Kein Haß und keine Feindschaft mehr zwischen den Werktätigen; Haß und Feindschaft und rücksichtsloser Massenkampf gegen unsere gemeinsamen Unterdrücker!

Schafft in den Betrieben die rote Einheitsfront zum Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen Unterjochung, für Beseitigung aller Lohnkürzungen, für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zur Wiedereingliederung der Erwerbslosen!

Schafft an allen Stempelfellen die rote Einheitsfront gegen Unterstützungsabbau, Pflichtarbeit, für den gemeinsamen Kampf mit den Betriebsarbeitern!

Schafft die rote Einheitsfront gegen den faschistischen Mordterror, für die Gewinnung der von den Kapitalisten irreführten Massen, für die antifaschistische Volksaktion! Pant überall den proletarischen Massenelbstschutz zur Sicherung des Lebens und der Einrichtungen der Arbeiter auf!

Schafft die rote Einheitsfront gegen alle Ermittlungen und Zwangsversteigerungen, unterstützt die schaffenden Bauern und werktätigen Mittelständler vor der Vertreibung von ihrer Scholle und aus ihren Werkstätten und Läden, kämpft gemeinsam gegen die Wuchertarife, gegen die Steuerlasten!

Schafft die rote Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg, zum Schutze der Sowjetunion, indem ihr mit aller Entschlossenheit den Kriegstreibern entgegen tretet, die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial unterbindet und insbesondere in den kriegswichtigen Betrieben den geschlossenen Kampf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufnehmt.

Durch die rote Einheitsfront an allen Frontabschnitten wird die Arbeiterklasse im Bunde mit den übrigen werktätigen Schichten die Stärke erreichen, die die weitere Faschisierung unmöglich macht, die den Faschismus aufs Haupt schlägt und den Weg bahnt für die proletarische Offensive. Von diesem Kongreß aus organisiert in jedem Betrieb, an jeder Stempelfelle, auf jedem Gut, in jedem Dorf antifaschistische Kundgebungen! Erhebt hoch das rote Kampf- und Sturmbanner, allen Verboten und Terrorakten des Gegners zum Trotz! In roter Einheitsfront zur Massenaktion, zum Massenstreik für die sozialistischen Freiheitsziele des Proletariats, für das kommende Arbeiter- und Bauern-Deutschland!

